

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-  
 abonement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonellen  
 oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen  
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.  
 Kernsprecher: Amt I, Nr. 1508,  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. **Freitag, den 2. November 1900.** Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
 Kernsprecher: Amt I, Nr. 1508. Kernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Berliner Magistrat und Wohnungsfrage.

Die Maßregeln, mit denen der Magistrat den auf dem Gebiet des Wohnungswesens herrschenden Missständen auf den Leib rücken will, zeugen von liebe- und verständnisvollem Studium der Eigenschaften des ersten Preußentönigs, zu dessen Andenken und Ehrung „mittellose und obdachlos gewordene Berliner Familien billige und gesunde Wohnungen verschafft werden sollen“ — von dem Friedrich II. — genannt der Große — gesagt hat: „Er war groß in Kleinigkeiten und klein in großen Dingen“.

Die Beschlüsse des Magistrats in der Wohnungsfrage atmen den Geist Friedrichs I. von Preußen und sie entsprechen auch der Zeit, zu deren weisebester Frier sie erdacht sind, indem sie eine Maßregel, welche dem sozialen Bedürfnis des Jahres 1701 vielleicht entsprochen haben könnte — eine milde Stiftung —, noch zweihundert Jahre später für geeignet und ausreichend halten, zur Erfüllung der kommunalen Verpflichtung gegenüber den elenden Wohnungsverhältnissen, in denen sich die Mehrzahl der Bürgerschaft befindet.

„Groß in Kleinigkeiten.“ Eine ganze Million Mark will es sich der Magistrat kosten lassen und außerdem auch noch mit dem Klingelbeutel herumgehen, um billige und gesunde Wohnungen zu beschaffen. In den Zeitungen und an den Anschlagtafeln werden zündende Aufrufe, gezeichnet Rißner, Oberbürgermeister, zu lesen sein um Geld zur Beschaffung von Wohnungen für „mittellose, obdachlos gewordene Berliner Familien“.

Im bevorstehenden Winter wird in Berlin von der Bourgeoisie Theater gespielt, getanzt und gesungen werden. Vagare werden arrangiert, Eisfeste veranstaltet werden, um die „König Friedrich-Stiftung“ mit Geld zu speisen, damit die „mittellosen, obdachlos gewordenen Berliner Familien gesunde und billige Wohnungen mieten können“.

Wahrlich, wenn es nicht so tief traurig wäre — man möchte lächeln über die Raubtät der reichshauptstädtischen Kommunalverwaltung, die da glaubt, einen der größten sozialen Schäden durch einen Appell an die Wohlthätigkeit des verehrten Publikums heilen zu können.

Die in einer „vierstündigen, außerordentlichen und geheimen Sitzung des Berliner Magistrats“ gefassten Beschlüsse, die magistrats-offiziell veröffentlicht sind, könnten eher das Resultat einer Schoppenstetder Raubtätigkeit sein — denn als ein Schildbürgerstückchen mutet uns der neueste Abdruckentwurf aus dem Notizen Haufe an.

Die social-kommunale Erkenntnis des Magistrats rippelt in dem Entschluß, durch eine milde Stiftung, zu der die Stadt eine Million Mark opfert, vernünftige und gesunde Wohnungsverhältnisse in Berlin zu schaffen.

Das Uebrige hat die Privatwohlthätigkeit zu besorgen, und wenn dann der Magistrat noch einen Teil seiner kostbaren Zeit für die Verwaltung der Stiftung hergibt — das heißt, wenn er durch Vermittelung der Bezirksvorsteher oder Armenkommissionen die Würdigkeit und Bedürftigkeit der Wohnungspetenten prüfen läßt, dann hat die städtische Verwaltung diesem großen sozialen Problem gegenüber ihre Aufgabe erfüllt und die Wohnungsfrage ist für Berlin gelöst.

Es scheint, als ob niemand von den Herren, die am Magistrats-tisch Sit und Stimme haben, etwas von der Thätigkeit anderer Gemeinden auf diesem Gebiet kennt.

Eine ganze Anzahl größerer Städte in Deutschland sind seit Jahren beschäftigt, gesunde und billige Wohnungen auf städtischem Grund und Boden herzustellen und verwenden hierzu in ausgiebigster Weise städtische Mittel. Düsseldorf z. B. ist im Begriff, eine Anleihe von 20 Millionen Mark zur Errichtung von Wohnhäusern aufzunehmen.

Eine große Anzahl bürgerlicher Nationalökonomien bezeichnen als einziges brauchbares Mittel zur Lösung der Wohnungsfrage die Herstellung von Wohnungen auf städtischem Grund und Boden für die beschloßen und minder bemittelten Klassen der Bevölkerung und Abgabe der Wohnräume gegen ein Entgelt, welches nur die Verzinsung des aufgewendeten Gemeindepitals sichert.

Von alledem scheint der Berliner Magistrat nichts zu wissen — oder vielmehr er will nichts davon wissen, weil für ihn die Vermehrung des heiligen Privateigentums das oberste Gesetz ist.

Die Wohnungsmisere kann mit Aussicht auf Erfolg nur bekämpft werden, wenn der Grund und Boden, losgelöst von den Interessen des Privatkapitals, durch Umwandlung in Gemeinbesitz der Allgemeinheit dienstbar gemacht wird.

Der Grund und Boden im Besitz des Privatkapitals dient vermöge der mit allen Mitteln betriebenen Steigerung der Grund- und Bodenrente die Auswucherung der Wohnungskonsumenten.

Was hohe Getreidepreise für den Landagrarier, der Weizen verkaufen kann, sind, das sind hohe Mietpreise für den städtischen Hausagrarier, der Wohnungen vermietet. Welches sind Mittel zur Auswucherung der Verbraucher. In beiden Fällen ist der Zweck der Auswucherung eine möglichst hohe Grund- und Bodenrente.

Statt nun die Beschaffung ausreichender, gesunder und billiger Wohnungen durch die Stadt in die Wege zu leiten, will der Berliner Magistrat sich mit dem Geschenk von einer Million Mark von der sozialen Verpflichtung der Gemeinde loskaufen, aber im übrigen die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der Arbeiter und der minderbemittelten Bevölkerung nicht nur nach wie vor der Spekulation und Freistreiberei des Privatkapitals überlassen, sondern den Kapitalismus sogar noch nach Kräften bei dieser Beschäftigung zu unterstützen. Denn was der Magistrat noch neben der Verleumdung seines Stiftungseifers zu thun beschloßen hat, das sichert der privaten Terrain- und Wauspekulation magistratsliche Hilfe und Beistand zu.

Nachdem der mit byzantinischen Ornamenten geschmückte Wohlthätigkeitsbrang des Magistrats — warum sollten sich die Herren mit der doppelten goldenen Kette auch die günstige Gelegenheit entgehen lassen, ihren Patriotismus in bengalischer Rotfeuer auszusuchen zu lassen — befriedigt war, wurden weiter Beschlüsse gefaßt, welche die magistratsliche Fürsorge für „gesunde und billige Wohnungen“ in ihrem wahren Lichte zeigen.

Folgende Prinzipien wurden für das weitere Verhalten des Magistrats in der Wohnungsfrage aufgestellt:

1. Der Magistrat wird dafür sorgen, daß in den an dem Reichsbilde der Stadt Berlin belegenden Stadtteilen, namentlich im Norden, der Häuserbau derart gefördert werde, daß dort ebensolche kleine Wohnungen vermietbar würden. 2. Der Magistrat wird sich mit den Bauunternehmern ins Einvernehmen setzen und bei der Reuanlegung von Straßen auf noch unbebautem Terrain und mit den Unternehmern wegen Errichtung von kleineren Wohnungen in Unterhandlung treten. 3. Der Magistrat wird bei weiteren Verläufen städtischer Terrains die Verkaufskontakte nur in dem Sinne abschließen, daß der Käufer verpflichtet sei, das Grundstück so zu bebauen, daß die genügende Anzahl von kleinen Wohnungen entstehe.

„Klein in großen Dingen.“ Der tief in alle Lebens- und Wirtschaftsbedingungen der Volksmassen eingreifenden Wohnungsfrage gegenüber weiß der Magistrat von Berlin neben der Kurierung der öffentlichen Wohlthätigkeit kein anderes Mittel anzuwenden, als die Förderung der Spekulation in Grund und Boden und die gemeindliche Unterstützung der Bauunternehmer.

Damit dem Privatkapital die Ausbeutung des Grund und Bodens nur ja nicht gesämälert wird, verzichtet der Magistrat darauf — was er dem Kuratorium seiner Stiftung zutraut — selbst Häuser zu errichten. Der Magistrat verzichtet darauf, städtischen Grund und Boden für diesen Zweck zu verwenden.

Die Beschlüsse des Magistrats, sein Verhalten in der Wohnungsfrage zeugen nicht von Fürsorge für Volkswohlfahrt, Volksgesundheit und lassen das Bestreben, für die Beschloßenen und wirtschaftlich Schwachen bessere Lebensbedingungen zu schaffen, vermissen.

Die Beschlüsse in der Wohnungsfrage sind getragen von dem Geiste der bürgerlichen Massenherrschafft, sie sind diktiert von dem Bestreben, die privatkapitalistische Ausbeutung des Wohnungsbedürfnisses zu fördern, und sie zeigen, daß die kommunale Wirtschaftsweise Berlins dem Deseinen Manchesterium verfallen ist.

Jede vernünftige Kommunalpolitik muß danach streben, den städtischen Grundbesitz zu vermehren — der Berliner Magistrat will städtische Terrains verkaufen — damit Privatunternehmer „kleine Wohnungen“ herstellen können.

Verständnislosigkeit für die Aufgaben einer weisfichtigen, die Interessen der Gesamtheit fördernden Kommunalpolitik paart sich im Berliner Rathhaus mit der Unlust, der privatkapitalistischen Ausbeutung des Grund und Bodens und dem Wohnungswucher mit all seinen scheußlichen Begleitererscheinungen ernsthaft entgegenzutreten.

Die Prinzipien, nach denen der Magistrat in der Wohnungsfrage handeln will, können nicht das Bedürfnis nach billigen und gesunden Wohnungen befriedigen — sondern müssen der ausbeuterischen Thätigkeit des Privatkapitals auf dem Gebiete des Wohnungswesens neue Quellen erschließen.

Wie lange noch wird man über die erste städtische Körperchafft des Deutschen Reichs das harte aber gerechte Urteil fällen müssen.

Groß in Kleinigkeiten —  
 Klein in großen Dingen!

### Neue Vertraulichkeiten.

Der unflätige Jubel, den die Erklärungen des Herrn Wued bei der publizistischen Leibwache des Grafen Posadowsky veranlaßt haben, ist ebenso unvorsichtig wie verrißlich. Er läßt sich psychologisch nur begreifen, wenn man sich vorstellt, daß sich die Herren einbilden, die „Leipziger Volkszeitung“ habe ihren räthmischen und bedeutungsvollen Feldzug gegen das Reichsamt der Scharfmacher mit unzulänglichen Mitteln und ungenügenden Beweisen unternommen. Wären diese guten Leute ein wenig gescheiter und weniger verlogen, so würden sie sich gestanden haben, daß die Wuedschen Kundgebungen lediglich für uns, aber nicht für die Interessenten des Grafen Posadowsky wertvoll seien, weil ja ihre ganze Bedeutung darin besteht, daß sie die Echtheit des famosen Briefs zugeben.

Die „Leipziger Volkszeitung“ aber setzt, während die in panischer Flucht Vegriffenen mit ihren Siegen renommieren, ihren verheerenden Vormarsch gegen die Korruption der Regierung der Socialreform gelassen fort und ist offenbar gewillt, der journalistischen Bande der Scharfmacher und Brotwucherer noch reichliche Gelegenheiten zu heuchlerischer Entrüstung über Fälschungen, Diebstähle und Fehlerdienste zu gewähren.

In seiner heutigen Nummer stellt unser Leipziger Parteiblatt fest, daß das von ihm angestellte Rigorosum den zunächst gewünschten und gewollten Erfolg gehabt habe: das allseitige Eingeständnis eines widerrechtlichen Finanzverhältnisses einer Reichsbehörde zu einer organisierten Gruppe von rücksichtslosen Interessentjägern. Weiterhin bemerkt die „Leipziger Volkszeitung“, daß sich Herr Wued über die Verwendung der 12 000 M. nicht geäußert, und mit keiner Silbe darauf hingedeutet habe, daß er sich die Auslegung der „Berliner Korrespondenz“ aneigne.

Was die sekundäre Datumfrage anbelangt, so schreibt die „Leipziger Volkszeitung“:

„Herr Wued hat den Inhalt seines Briefs für richtig befunden, er, der zwar nach seiner eignen Angabe keine Abschrift besitzt, aber sehr genau die potenten Adressaten, an die er gerichtet ist, kennt.“

„Offenbar hat er, überlaufen von allen Seiten und im Gedränge, getreu in der Richtung der „Berliner Korrespondenz“ den Zeitpunkt der „Angelegenheit“, die „sich zugetragen hat“, in das Jahr 1899 verlegt. Und er war ja im Gegensatz zu der bescheidenen Schweigsamkeit der „Berliner Korrespondenz“ offenherzig genug, den Kalendermonat, in dem sich die „etwas eigentümliche“ Geschichte abgepielt haben soll, genau anzugeben.“

Mit der Erklärung, welche die Angelegenheit, die der von uns veröffentlichte Brief behandelt, auf das Jahr 1899 beschränkt, glauben die Offiziösen die Vergangenheit ausgehalten zu haben. Und nun werden zur Beleuchtung des chronischen Panamismus ein paar neue, zerstückelnde Enthüllungen aus der Geheimgeschichte des Centralverbands gebracht:

„In einem allerdings bis jetzt nicht veröffentlichten streng vertraulichen Aktensück des dem Herrn Generalsekretär Wued beigeordneten Direktoriums des Centralverbands, das zu einem bestimmten Zweck an eine bestimmte hohe preussische Stelle geleitet worden ist, wird neben andren, vielleicht noch bei anderer Gelegenheit zu erörternden Auslassungen, schon in den ersten Monaten des Jahres 1895 dies betont:

Die höchsten Reichs- und Staatsbehörden benutzen den Centralverband deutscher Industrieller, um Auskünfte über wirtschaftliche und industrielle Verhältnisse zu erlangen, wie andererseits nur Mittelungen weisend vertraulicher Art durch ihn an die betr. Interessentengreise gelangen zu lassen.“

Und die betreffende hohe Stelle wird weiter darauf hingewiesen, daß bereits im Jahre 1894 zahlreiche Eingänge von der Reichskanzlei, vom Auswärtigen Amt, vom Reichsamt des Innern und vom königlich preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe „bei dem Centralverband zu verzeichnen gewesen sind“.

Dies der schlüssige Beweis dafür, daß ein durchaus unzulässiges Verhältnis vertraulicher Art thatsächlich seit Jahren besteht.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ fährt dann fort:

„Dieses zärtliche Verhältnis war aber, wie allgemein bekannt ist, im Jahre 1895 noch nicht zu dem Höhepunkte der Innigkeit gediehen, wie heute. Die Trübung durch den von dem Direktorium und dem Geschäftsführer des Centralverbands geförderten Wengang des Herrn v. Verleysch war nur eine ganz vorübergehende Erscheinung.“

Die übrigen Kräfte der Regierung wußten mit den besonders interessierten Großindustriellen zweifellos die antike Charaktergröße zu schätzen, mit der Herr Wued die „verhängnisvollen socialpolitischen Auffassungen“ seines Jagdfreundes Verleysch laut mitbeklagte. Deseiben Ministers, der den Herrn Generalsekretär zu einer hohen Auszeichnung empfahlen hat.

Diese Vergangenheit, über die noch viel mehr zu sagen ist, bietet schon an und für sich ein gewichtiges Indizium für die Thatsache, daß die Supplir der Organe des Grafen v. Posadowsky um 12 000 M. für publizistische Zwecke von dem Leiter des Centralverbands schwerlich als „etwas eigentümlich“ empfunden werden konnte; also auch hier ein Rätsel, für das die zweite Erklärung Wueds keine Lösung hat.

Von der grandiosen Opferwilligkeit der Magnaten des Verbands für Preßzwang zeugt ein weiteres, ausdrücklich als „vertraulich“ gekennzeichnetes Schreiben des Direktoriums „an die direkten und indirekten Mitglieder des Centralverbands deutscher Industrieller“ vom April 1899.

Das Schriftstück beginnt:

Die deutsche Industrie erkennt dankbar an, daß die verbündeten Regierungen, in ihrer Gesamtheit wie einzeln, ersichtlich bestrebt sind, die gewerbliche Thätigkeit in unsrem Vaterlande zu fördern und somit auch die Industrie einer immer weiteren Entwicklung entgegen zu führen. In dieser durchaus freundlichen Haltung steht im Gegensatz die wenig wohlwollende, wenn nicht geradezu feindliche Stellung, die weite und sehr maßgebende Kreise in unsrem öffentlichen Leben der Industrie gegenüber eingenommen haben.

Diese beklagenswerte Thatsache macht sich nicht nur oft genug in unsren gesetzgebenden Körperschafften und damit auch in der Gesetzgebung selbst, sondern auch in der Presse bemerkbar. Im Gegensatz zu den betreffenden Verhältnissen in andren großen, mit uns im Wettbewerb stehenden Industriestaaten zeigen mit wenigen Ausnahmen gerade diejenigen großen politischen deutschen Tagesblätter, die am meisten verbreitet sind und daher am tiefsten in das Volk dringen, einen geradezu industriefeindlichen Charakter.

Es ist schon angedeutet worden, daß einige, zum Teil sehr hervorragende Tageszeitungen eine der Industrie durchaus freundliche Haltung einnehmen, die Erfahrung hat aber genugsam gelehrt, daß sie in Verfolgung ihrer eignen Anschauungen ihre eigne Politik voraustellen und daher im gegebenen Augenblick nicht selten verlagern. In Erkenntnis dieser Verhältnisse hat eine aus drei in der Industrie stehenden Herren gebildete Gruppe die „Berliner Neuesten Nachrichten“ angekauft. . . .

Die Käufer des Blatts haben, lediglich im Gesamtinteresse der deutschen Industrie, in dem Kaufpreise ein verhältnismäßig großes Kapital aufgewendet; sie sind von der Notwendigkeit überzeugt und bereit, für eine Reihe

### von Jahren noch erhebliche weitere Opfer bringen zu müssen.

Mit Recht weist die „Leipziger Volkszeitung“ auf den unerklärlichen Widerspruch hin, daß die Großindustriellen, die im April 1890 Hunderttausende für agrarisch-publizistische Zwecke opferten, im August desselben Jahres es „eigentümlich“ gefunden haben sollen, wenn das Reichsamt des Innern sich erbot, für lumpige 12 000 M. die Geschäfte der Herren zu besorgen.

Das Direktorium der Scharfmacher, das auch das vertrauliche Rundschreiben unterzeichnete, besteht aus den Herren: v. Hahler, königl. bairischer Kommerzienrat, Reichsrat der Krone Bayern, Zende, Geh. Finanzrat a. D., Russell, General-Konful, N. Popelius, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, Koenig, Geh. Regierungsrat, lauter Kronenräte für das nunmehr allmählig festgestellte Hörigkeitsverhältnis zwischen der Regierung und einer kleinen, aber mächtigen Partei der Scharfmacher. Die Industrie und die mit ihr verknüpfte „Landwirtschaft“ spielen heute die Rolle der Camarilla.

Die katholische „Germania“, die das Centrum durch ihren Panamismus über den unrettbar kompromittierten Staatssekretär des Centralverbandes der Industriellen und des Bundes der Landwirte heillos bloßstellt, hatte gestern ganz im Kontrast der Ritualmordgläubigkeit gezeigert:

„Daß die ganze Affaire nur auf eine Intrigue gegen den Grafen Posadowsky zurückzuführen ist und dessen Sturz zum Ziele hat, tritt mit jedem Tage deutlicher hervor. Diese Affaire hat leider auch keinen Rang an Vandalen und Geld. — Was wiegen da lumpige 12 000 M.?“

Die „Germania“ verwechselt in ihrer Rehn-Parti-Holl-Beiden-Schaft die Begriffe. Die Affaire ist keine Aktion der Affaire, sondern im Gegenteil ein Entscheidungskampf der Vetrotogenen und Ausgeplünderten gegen jene großkapitalistische, industriell-agrarische Affaire, die im Geheimen ihre Reize spinnst und die sich — ganz wie in Italien — der Patronisierung durch einflussreiche Personen in der Regierung erfreut.

Diese durch hohe Protektion gebildete, geschützte und geförderte Affaire und ihr dunkles Treiben in das Licht der öffentlichen Kritik zu stellen, das ist die unendlich wichtige Mission der Sozialdemokratie, welche auch in diesem Fall berufen ist, Hüterin der Ordnung zu sein gegenüber der unumschränkten Agitation der gegen die Volkinteressen verschworenen Panamisten des mobilen und immobilen Großkapitals.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. November.

### Centrum und Scharfmacher.

Uns wird geschrieben:

In den Kreisen der Centrumsanhänger, soweit sie auf Reinlichkeit und Förderung des Rechts Anspruch machen, hat die Haltung der führenden Centrumpresse zu dem Fall Posadowsky-Bued peinliches Aufsehen gemacht. Die katholischen Arbeiter, deren Verbände so gut durch die Zuchthausvorlage bedroht waren wie die freien Gewerkschaften, erwarteten eine entschiedene Verurteilung der gewaltigen Mißwirtschaft in unserer Regierung seitens der ultramontanen Blätter. Aber diese fanden nur den „Mißgriff bedenklich“; sie schmückten mit den Vollblutagrariern nach „freihändlerischen Intriganten“, die den guten Grafen Posadowsky stützen möchten. Um die arbeitervernichtende Handlungsweise des edlen Staatssekretärs drücken sich die frommen Blätter herum; es soll und muß vertuscht werden, wie unsere Regierung mit dem Gelde der Scharfmacher arbeiterfeindliche Gesekentwürfe vorbereitet. Lieft man die Centrumpresse, dann muß man der Uebersetzung werden, daß in Deutschland heute nichts Wichtigeres zu thun ist, als den Brotmücker zu fördern, dessen Gönner der Hunderttausendmark-Graf ist. So handelt eine Partei, die sich lärmend arbeiterfreundlich nennt, die zahlreiche „christliche Gewerksvereine“ gründet, um angeblich mit ihnen das Los der Arbeiter zu bessern.

Nun, dieser Skandal ist gar nicht so unbegreiflich, wie er, oberflächlich betrachtet, aussieht. Es wird ungemein zur Klärung der Situation beitragen, wenn wir nachstehend die intimen Beziehungen des Centrums zum Bunde der Scharfmacher etwas aufdecken.

Vor uns liegt der Geschäftsbericht des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins. Ihm gehören sämtliche Gruben- und Hüttenbesitzer Oberschlesiens als Mitglieder an. Für 1899 verzeichnet er eine Einnahme von 55 728,05 M., eine Ausgabe von 55 258,45 M. In der Ausgabe figurirt ein laufender Beitrag zum Centralverband deutscher Industrieller (das ist der Scharfmacher-Verband mit Herrn Bued als Sekretär) in der Höhe von 300 Mark! Dann wird in der Ausgabe angeführt eine „unvorhergesehene Ausgabe“ von 18 617,63 Mark mit der bloßen Bemerkung: „Reist durchlaufende Posten“.

Das finanzielle Bildnis des ober-schlesischen Kapitalistenbunds mit dem Verein, den Herr Bued vertritt, steht also außer allem Zweifel. Was sind das aber für „unvorhergesehene Ausgaben“ gewesen? Sie machen über 33 Proz. der Gesamtausgabe aus! Eine Geschäftsführung, die im laufenden Jahre von so immensen „unvorhergesehenen Ausgaben“ überrascht wird, dürfte nicht oft zu finden sein. Das läßt ja das Fehlen auch des mindesten Kalkulationsvermögens bei dem Geschäftsführer vermuten. Aber Herr Dr. Boly, so der Name des Herrn, ist ein vorzüglicher Statistiker. Die Wortkargheit des Herrn an der betr. Stelle ist um so auffälliger, als er einige Zeilen höher so winzige Posten wie 10, 12, 20 und 40 Mark genau mit Bezugsquelle anführt. Und über 18 617 Mark wird summarisch, mit dunkler Kürze berichtet. Das läßt jedenfalls tief blicken.

Sollten hinter diesen „unvorhergesehenen Ausgaben“ etwa diverse — „Liebesgaben für agitatorische Zwecke“ stecken? Heutzutage muß man sich in Deutschland auf alles gefaßt machen; um so näher liegt der Verdacht bei den als rückfichtslos bekannten ober-schlesischen Grubenmagnaten vor, daß der Schnorrer Bued nicht vergebens bei ihnen anklopft, wenn gewisse „Refforts“ Geld nötig hatten.

Zeitgeschichtlich von höchster Bedeutung ist aber, festzustellen, inwiefern das Centrum mit dieser Affaire zu thun hat. Schlagen wir also das Mitglieder-Verzeichnis des ober-schlesischen Werksbesitzervereins auf; da finden wir folgende nicht unbekannt Namen:

Die Grafen Hugo, Loth, Guido und Arthur Wendel v. Donnersmark; Fürst Hohenlohe-Oehringen; Herzog v. Ujest; Franz Graf v. Ballestrem auf Plawnowitz; Gräfin Saurma-Felisch; Graf Ratuschka; Gräfin Schaffgotsch; Fürst v. Pleß.

Wer nur halbwegs die Geschichte der politischen Parteien kennt, weiß nun, daß „herorragende Söhne und Töchter der Mutter Kirche“ ihren Beitrag zum Scharfmacherbunde leisten; neben andern auch der offizielle Repräsentant des Centrums im Reichstage, Graf Ballestrem!

Daß eine Partei wie das Centrum, dessen vornehmste Repräsentanten offiziell dem arbeitshassenden Scharfmacherbund angehören, sich bemühen muß, den „Mißgriff“ des Posadowsky so harmlos wie möglich zu finden, liegt auf der flachen Hand.

Es sei noch bemerkt, daß auch in der Krone des Scharfmacherbunds, im „Verein für die bergbaulichen Interessen im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund“, vornehme Mitglieder des Centrums eine hervorragend scharfmachende Rolle spielen! So ist der Herr Bergwerks-Direktor Tillmann-Dortmund traurig bekannt aus den Streikjahren 1889/93 und fleißiger Teilnehmer an den Katholikentagen. Ferner ist in der Liste der Ruhrgruben-Repräsentanten auch ein Herr Trimborn-Köln angegeben. Der Name dürfte in Deutschland nicht unbekannt sein.

So ziehen sich zahlreiche fälschbare Fäden von der „einzigen wahren Volkspartei“ Centrum zu den Bureaus der Scharfmacher hin. Wer wird sich aber ins elgne Fleißschneiden? Es ist schon besser, den edlen Posadowsky als das Opfer einer unchristlichen freihändlerischen Intrigue hinzustellen. Wie lange wird die katholische Arbeitererschaft die sittliche Verkommenheit ihrer Presse ertragen?

## Deutsches Reich.

### Die Affaire.

Ueber die 12 000 Mark-Beitelle des Reichsamts des Innern schreibt selbst die sehr zahme „Soziale Praxis“:

„Die hier amtlich bestätigten Vorgänge haben begreiflicherweise das größte Aufsehen erregt. Sie sind in der That geeignet, auf die Beziehungen zwischen hohen Beamten des Reichsamts, dem die Sozialpolitik, der Arbeiterschutz und die Arbeiterfürsorge obliegen, und demjenigen Unternehmerverband, der als Hort aller Zwangsmassregeln gegen die Arbeiterbewegung gilt, leider ein grelles, sehr unangenehmes Licht zu werfen. Die schlimmste Folge des Falls in sozialpolitischer Hinsicht ist ein nur zu begreifliches Anwachsen des Mißtrauens aller Arbeiterkreise gegen Regierungsbeamte, die solchergestalt sich in die Hände der Unternehmer begeben. Im übrigen können wir uns jeden Kommentar dieser traurigen Angelegenheit eriparen, da sie selbst eine nur zu berechtigte und verständliche Sprache führt. Aber auch abgesehen hiervon sind auf publizistischem Gebiet die Beziehungen von notorischen Organen des Centralverbandes zu manchen Regierungsstellen so intim, daß die Grenzen zwischen Offizientum und Unternehmerinteressen häufig gar nicht mehr erkennbar sind. Es ist hohe Zeit, daß hier mit kräftiger Hand eine retuliche Scheidung im eigenen Interesse der Regierung vorgenommen wird.“

Der liberale und offiziöse Beziehungen unterhaltende „Domb. Korrespondent“ wehrt mit großer Entschiedenheit die läppischen Verdächtigungen der Posadowsky-Presse ab, mit den belanglosen Erklärungen Bueds die Affaire selbst totzuschlagen:

„Zugleich aber giebt sie (die Erklärung Bueds) das dritte Zeugnis dafür, daß das Reichsamt des Innern sich in der That die finanzielle Unterstützung der interessierten Unternehmerruppe bei dem arbeiterfeindlichen Gesetzgebungsversuch nicht nur gefallen, sondern erbeten hat. Um diese Feststellung kommt man nicht herum. Die „Post“ allerdings steht in der Verwendung der 12 000 M. nur ein schönes Bestreben zur Vollausklärung. Wegen solche Auffassung ist nicht weiter zu streiten. Eine unerlaubt plumpe Verdrehung der Thatfachen aber ist es, wenn dieses Blatt jetzt einfach von einem gefälschten Briefe spricht, durch dessen Vernichtung zum Zwecke des Sturzes des Grafen Posadowsky sich die Botschafter und Freihändler zu Mittelschubigen der Sozialdemokratie gemacht hätten. Der Inhalt des Briefes im ganzen Umfang ist heute von den Beteiligten als richtig anerkannt, und die „Post“ wagt von einem gefälschten Briefe zu reden. Auch die „Kreuz-Zeitung“ redet in großen Worten den Herrschaften ins Gewissen, „die auf die solche Meldung der sozialdemokratischen Blätter hin die Hege gegen den Grafen Posadowsky veranlaßt oder sich an ihr beteiligt“ hätten. Es wird nicht mehr lange dauern, so werden Graf Posadowsky und Dr. Boedde dem deutschen Volke in der angenehmen Pose der reinen gestränkten Unschuld gezeigt. Aber gerade dadurch, daß man diese kleine Geldsache so kavalieremant behandelt, besorgt man die Geschäfte der Sozialdemokratie am allergründlichsten.“

Geradezu lässig ist die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer herzbrechenden Angst um den Rehn-Parti-Grafen geworden. Sie meint, die Hauptsache sei, denen auf die Spur zu kommen, die das Material der Entlarzung geliefert haben:

„Die gesamte Thätigkeit der Presse und der von der Anwesenheit der Reichsämter hätte man dahin gehen, dem Briefe hielten auf die Spur zu kommen. Es ist bedeutsam, daß manche Blätter, die sich vornehm dünken, ohne die Scham und Scheu erklären, es sei vollkommen gleichgültig, auf welche Weise dieser Brief gestohlen und widerrechtlich veröffentlicht worden sei. So weit sind wir schon gekommen, daß ein niedriges, ja verbrecherisches Vorgehen beschönigt wird, wenn es gewisse Zwecke verfolgt. Wir sind heute noch der Meinung, daß, wenn man die Sache richtig und energisch ansieht, die Entdeckung des Heblers oder seiner Spur recht wohl möglich ist. Es handelt sich ja nicht um eine große Anzahl mechanisch hergestellter, sondern um 3 oder 4 geschriebene Briefe. Die Adressaten sind bekannt. Sie werden wissen, wie sie den Brief aufbewahrt haben. Es ist anzunehmen, daß sie die selbst verständliche Sorgfalt geübt haben. Es wäre doch recht schwer verständlich, wenn die Spuren des Diebstahls sich nicht finden lassen sollten. Sollte das aber nicht der Fall sein, so würde der Vorwurf einer gewissen Fahrlässigkeit den Adressaten nicht erspart werden können.“

Die moralische Enttarnung des Blattes nimmt sich besonders schön aus, wenn man bedenkt, daß der Staat, dem es dient, seine höchste Aufgabe darin sieht, mit Spiegeln und Lidschindeln die Sozialdemokratie auszuspiönieren. Erst neulich veröffentlichte die „Staatsbürger-Zeitung“ unter Verletzung des Briefgeheimnisses einen an ein adreßes Blatt gerichteten Brief, und es war die „Post“, die einen eignen Korridor-Forscher im „Vorwärts“ ausließ, dessen Lausch-Resultate dann am nächsten Tag in dem Organ Stumms veröffentlicht wurden. Glaubt wirklich jemand, daß die „Deutsche Tageszeitung“ es unterlassen würde, die Sozialdemokratie kompromittierende Dokumente zu veröffentlichen, wenn solche in ihre Hände gerieten? Aber freilich, es ist begreiflich, daß die Mittelschubigen die hoffen, die sich um die Enttarnung der Schuld verdient gemacht haben.

Wenn übrigens die „Deutsche Tageszeitung“ von einer Intrigue gegen den Grafen Posadowsky und zugleich von einem Diebstahl redet, so schlägt sie mit einer Klippe an zwei Fliegen — vorbei. Wenn es sich um eine freihändlerische Intrigue handelt, so würde das doch belagen, daß irgend eine einflussreiche Person auf ganz legitimen Wege das wertvolle Dokument erhalten und der Sozialdemokratie in die Hände gespielt hat. Anfangs hatte ja das Blatt den Herrn Bued selbst im Verdacht.

Ein Blatt, das auf Ernst Anspruch erhebt, sollte wirklich sich dreimal bedenken, ehe es mit solchen untauglichen Mägen süsslicher Enttarnung den Versuch unternimmt, die Aufmerksamkeit von der Hauptsache abzulenken. Man muß es außerordentlich nötig haben, „Galtet den Dieb!“ zu schreien.

Zur Kohlennot. Wer die Erwartung hegte, der Rückgang des Kohlenverbrauchs in der Industrie, als Folge der Krise, werde ein so erhöhtes Angebot von Kohle für den Hausbedarf herbeiführen, daß ein Herabgehen der Kohlenpreise eintrete, irrite sich. Die neueste Nummer des „Arbeitsmarkt“ macht auf einen Artikel der Rheinisch-Westfälischen Zeitung aufmerksam, in dem die Kohlenbarone ein ander Dieblein singen. Das Blatt führt aus, daß, was durch den

Rückgang des Kohlenverbrauchs in der Industrie an Kohle erspart worden, in vollem Maße Aufnahme fand durch die gesteigerte Nachfrage nach Kohle für den Hausbedarf. Es könne also von Uebersproduktion und Rückgang der Preise keine Rede sein. Für Wogertlohe sind sogar die Richtpreise um 25 Pf. pro Tonne und für einzelne Sorten sogar um 50 Pf. bis 1,25 M. erhöht worden, was eine entsprechende Erhöhung der Verkaufspreise herbeiführt.

Das Organ der Kohlenbarone rechnet erst vom 1. April ab auf eine Uebersproduktion, weil dann der Hausbedarf an Kohle nachlasse und die Umnahme des Kohlenverbrauchs in der Industrie durch die zunehmende Krise weitere Fortschritte mache. Aber auch dann sei an eine Verbilligung der Kohle nicht zu denken, weil alsdann die Werke eine Einschränkung der Produktion eintreten lassen würden, um die Preise hochhalten zu können.

Der Segen des Kohlenmonopols liegt also auf der Hand. Wie immer die allgemeine Lage sich ändert, das Publikum behält die teureren Kohlen. Man fürchtet die Produktion ein, d. h. man entläßt so und so viel tausend Arbeiter und reduziert nunmehr auch in Folge des steigenden Angebots von „Händen“ die Löhne.

Soll diesem Unfug gegen die Arbeiter und dieser Plünderung des Publikums gesteuert werden, so giebt es nur ein Mittel: der Uebergang der gesamten privaten Kohlenwerke in die Hände des Reichs und Bewirtschaftung der Kohlenwerke im Interesse der Allgemeinheit.

### Wofür kein Geld da ist.

Viele Teilnehmer des Kriegs 1870/71 sind infolge des Krieges vorzeitig stoch und erwerbsunfähig geworden, können aber nach Anlaß der Militärbehörden den Zusammenhang ihrer Dienstfähigkeit mit den Kriegsstrapazen nicht erweisen. Nach dem Gesetz hatten sie deshalb, auch wenn sie völlig erwerbsunfähig geworden waren, nichts erhalten. Vergelich petitionierten Tausende dieser völlig erwerbsunfähig Gewordenen um Reichshilfe. Der Reichstag anerkannte wiederholt die Unbilligkeit, diese Leute mit dem Motto: „Lohnt sie Lebenskosten spielen, wenn sie hungrig sind“ abzupfeifen. Die Regierungen verbielten sich ablehnend. Endlich ließen sich diese Witten nicht mehr übergeben, als im Jahre 1895 der Zantam für das 25jährige Kriegsjubiläum geschlagen wurde. Die Regierungen beantragten, den völlig erwerbsunfähig Gewordenen, bedürftigen Kriegsinvaliden eine Beihilfe von jährlich je nach dem Alter 120 M. zu bewilligen. Die Sozialdemokraten beantragten, den sogenannten „Ehrensold“ von 120 auf 800 M. jährlich zu erhöhen, da doch für einen völlig erwerbsunfähigen Menschen 1 M. pro Tag das mindeste sei, was er zur Fristung seines Lebens haben müsse. Half nichts. Graf v. Posadowsky meinte, auch für die vollkommen arbeitsunfähigen Kriegsteilnehmer wird sich eine Möglichkeit bieten, doch wenigstens auf dem Lande mit 120 Mark ein wenn auch sehr bescheidenes, sehr düstiges, doch von der öffentlichen Wohlthätigkeit unabhängiges Leben zu führen“. Die Konservativen jubelten diesen Ausführungen zu. Auch die Ultramontanen und Freisinnigen wollten einen Rechtsanspruch der völlig erwerbsunfähigen Kriegsteilnehmer nicht anerkennen. Die sozialdemokratischen Anträge wurden niedergestimmt. Aber immerhin glaubten nun die bedürftigen Kriegsteilnehmer, wenigstens 120 M. jährlich zu erhalten. Auch hierin hatten sie sich getäuscht.

Es mögen etwa noch 700 000 Mann am Leben sein, die am Krieg 1870/71 teilgenommen haben. Mindestens 40—50 000 wird man als solche ansehen müssen, die völlig erwerbsunfähig geworden sind. Das Gesetz vom 22. Mai 1895 setzte die Beihilfen aber nur auf insgesamt 2 400 000 M. fest, beschäftigte also nur 20 000 der Bedürftigen. Die übrigen wurden von dem „dankbaren Vaterland“ wegen Mangel an Mitteln abgewiesen. Der Reichstag — und zwar nunmehr die Mitglieder aller Parteien — sprach wiederholt aus, daß es billig sei, alle bedürftigen Kriegsteilnehmer zu berücksichtigen. Ende Dezember 1898 war die Bedürftigkeit von 35 887 Kriegsteilnehmern anerkannt, aber 13 073 wurden wegen Mangel an Mitteln von den Verwaltungsbehörden auf die Zukunft vertröstet. Das Drängen des Reichstags veranlaßte endlich die Regierungen, im Jahre 1899 einen Gesetzentwurf vorzulegen, der noch jährlich 1 690 000 M. für die bedürftig gewordenen Kriegsteilnehmer auswarf. Dieser Gesetzentwurf wurde unter dem 1. Juli 1899 Gesetz. Vergelich war bei der Beratung dieses Gesetzes die Befürchtung ausgesprochen, daß diese Summe nicht reichen könne; die mit 12 000 M. Beihilfe vom Centralverband deutscher Industrieller gespeisten Regierungszweige blieben dabei, daß allein die Mittel des Invalidenfonds für die Kriegsteilnehmer offen stehen dürften, wenn gleich anerkannt wurde, daß die Nichtberücksichtigung bedürftiger Kriegsteilnehmer als eine Unbilligkeit empfunden werde, die Abhilfe erheische.

Die im Jahre 1899 ausgesprochene Beschränkung ist eingetroffen. Wenigleich einzelne Verwaltungsorgane sich die denkbar größte Mühe gaben, Kriegsteilnehmer als „nach ihrer Lebensführung der beabsichtigten Pflege als unwürdig anzusehen“ — so wurde die Unwürdigkeit z. B. aus dem Umstande herausinterpretiert, daß der hilfbedürftige Kriegsteilnehmer mit einer älteren Frau im „Konkubinat“ lebe —, reicheten die Mittel nicht. Viele Verwaltungsbehörden, darunter das Berliner Polizeipräsidium, bescheiden die Kriegsteilnehmer, die bedürftig sind, mit der lithographierten Antwort:

„Auf Ihre Eingabe wird Ihnen eröffnet, daß wegen Mangel an Mitteln Ihnen zur Zeit eine Beihilfe auf Grund des Reichsgesetzes vom 22. Mai 1895, Artikel 13, nicht gewährt werden kann, daß Ihrem Antrage jedoch näher getreten werden wird, sobald verfügbare Mittel die Gewährung einer Beihilfe gestatten.“

Man sieht, wie peinlich genau die Regierungen darauf achten, daß nicht, aber den Wortlaut des Gesetzes hinaus, 120 M. an einen bedürftigen Kriegsteilnehmer gezahlt werden, wiewohl der Reichstag wiederholt erklärt hat, daß es der Billigkeit entspricht, alle bedürftigen Kriegsteilnehmer zu unterstützen. Diese gründliche Accurateffe hat allerdings die Regierung beispielsweise bei der Vereinstellung von 2000 M. monatlich für die Seereise eines Weltmarschalls recht sehr vermissen lassen. Es ist ein dringendes Gebot der Billigkeit und Gerechtigkeit, daß die Regierung endlich den Verlangen des Reichstags entsprechend für jeden bedürftigen Kriegsteilnehmer Mittel bereit stellt, und zwar in einer Höhe, die wenigstens den bescheidensten Anforderungen an das Leben entspricht.

Die freisinnige Schutztruppe der Reaktion. Wie der freisinnige „Frankische Kurier“ mitteilt, haben bei den Landtagswahlen in Sachsen-Weimar zwar überall die sozialdemokratischen Wähler für die freisinnigen Wahlmänner gestimmt, aber nicht umgekehrt, so daß z. B. in den gut freisinnigen Stadtsulza, Oldisleben, Stadtreinba und andern Orten die nationalliberale Liste mit teilweise freisinniger Unterstützung siegte.

Man kann sich über dieses verräterische Spiel nicht wundern, wenn man bedenkt, daß in Brandenburg die freisinnigen sogar für einen der widerwärtigsten Agenten des Junkertums im Bureaufratenrod, für den Herrn v. Böbell gestimmt haben. Das sei in Ergänzung unserer früheren Mitteilung noch einmal in aller Klarheit festgestellt. Es stimmten:

	Freisinn	Konservativ	Sozialdem.
	Hauptw.	Hauptw.	Hauptw.
Brandenburg	1662	1712	3192
Rathenow	687	885	1410
4 kleine Städte	380	674	1077
78 Dörfer	800	3845	4664
	3429	7110	10343

Mit solchen Nachschüssen will der Freisinn den Kampf gegen die Reaktion und den Vrotwucher führen! Sie graben sich selbst das Grab und verleben dann Selbsthinrichtung.

**Geleitete Freund' ist doppelte Freund'.** Auf dem Grenzwerke in Wagdeburg, das dem excellenten Herrn Krupp gehört, wurde durch Anschlag den Arbeitern die Ernung ihres Geistes zum Gebeimen Kommerzienrat mit dem Titel Excellenz bekannt gemacht. — Damit doch die Arbeiter auch etwas davon haben. —

### Der die Hungerpolitik vorbereitete.

Das Verzeichnis der Mitglieder des Wirtschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung der Handelsverträge liefert nicht minder wie die 12000 Mark-Affäre einen Beitrag dazu, wie in Deutschland Politik gemacht wird. Ob es sich um die Fabrikation von Jagdhauseisen handelt, durch die der Arbeiterklasse die Waffe des Koalitionsrechts aus der Hand geschlagen werden soll, oder ob es sich um wirtschaftspolitische Abmachungen der größten Tragweite handelt, stets ist es dieselbe Handvoll kapitalistischer Venturpolitiker, die der Regierung ihre Ideen suggeriert. Der Wirtschaftliche Ausschuss hat aber die künftige Handelspolitik zu beraten, darüber, ob das arbeitende Volk schutzlos überlassen mit Geißeln oder mit Scorpionen gequält werden soll, ob ihm Hunderte oder Tausende von Millionen zu Gunsten neuliebender Krant- und Schlotzwerke ausgepreßt werden sollen. Und in diesem Anschlag, in dem selbstverständlich nicht ein einziger Vertreter der Arbeiterklasse sitzt, haben sich die agrarischen Hauptstreiter und die berüchtigtesten Scharfmacher ein förmliches Stelldichein gegeben. Von den Agrariern sind u. a. Graf Kanitz, Frhr. v. Wangenheim und Graf Arnim und Herr v. Frege vertreten, während der Centralverband deutscher Industrieller zu den 30 Mitgliedern des Wirtschaftlichen Ausschusses allein fünf Mitglieder stellt.

Es versteht sich von selbst, daß die derart unparteiisch beratene Regierung die Interessen des gesamten Volks vertritt! —

**Wie Herr Schmidt zu seinem Orden kam.** Gegen eine schände Verdächtigung der „Köln. Ztg.“ nimmt die „Volks-Ztg.“ den delorierten Herrn Schmidt in verdienten Schutz. Das national-liberale Organ hatte den freisinnigen Ritter des Kronenordens eines Radikalismus bezichtigt, der ihm ob der ihm gelegentlich des Oberfelders Kaiserbesuchs gewordenen Ordensverleihung Gewissensbisse bereite. Herr Schmidt sei selbst nach national-liberalen Begriffen nicht radikal, ja nicht einmal radikal gewesen. Wie sehr Herr Schmidt auf gute Gesellschafter gehalten habe, beweise ein von ihm in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Reichstags-Kommission für die Vorbereitung der Invaliditätsnovelle veranlassete Bankett, durch das das Zustandekommen des Gesetzes gefeiert werden sollte.

Alle Kommissionsmitglieder wurden eingeladen, auch das Reichsamt des Innern und das Reichs-Versicherungsamt waren mit Einladungen bedacht worden. Der jetzt so viel genannte Herr von Weddike und sein hoher Chef, Graf v. Posadowsky, waren zur Stelle. Nur die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission fehlten. Herr Rosenbüch, der von allen Reichstagsmitgliedern in der Kommission unbedrängtest die Hauptarbeit geleistet hatte, und seine politischen Gesinnungsgenossen, sie waren von dem „radikalen“ Herrn Schmidt abgegangen worden.

Wahrscheinlich hat Herr Schmidt Herrn Posadowsky auf dem Bankett so tiefe Einblicke in die schöne Seele eines Freisinnigen verschafft, daß dieser ihn als Ordenkandidat vorgemerkt habe.

Selbst ein nationalliberales Blatt sollte einem so loyalen Mann nicht leichtfertig unloyale Seelenregungen andichten. —

**Gegen die Verpreuung des württembergischen Armeecorps** richtete sich ein Antrag der württembergischen staatsrechtlichen Kommission, der am Dienstag mit großer Majorität von der Abgeordnetenversammlung angenommen wurde. Anlaß zu dem Antrag gab der Umstand, daß allmählich eine Verpreuung des württembergischen Armeecorps dadurch eingetreten ist, daß von 30 höheren württembergischen Kommandostellen 18 in preussische Hände übergegangen sind. Der Antrag wünscht, daß Kommandierungen preussischer Offiziere in die württembergische Armee und korrespondierende Kommandierungen württembergischer Offiziere in die preussische Armee innerhalb der Schranken des Bedürfnisses bleiben, daß insbesondere die höheren Kommandostellen der württembergischen Armee möglichst von württembergischen Offizieren besetzt werden, damit die Geschlossenheit des württembergischen Armeecorps seine Aufgabe erhalte. Die gegenseitigen Abkommandierungen stützen sich auf den § 8 der mit Württemberg abgeschlossenen Militärkonvention, wonach zur Beförderung der Gleichmäßigkeit in der Ausbildung und dem inneren Dienst der Truppen nach gegenseitiger Verabredung einige königl. württembergische Offiziere je auf 1-2 Jahre in die königl. preussische Armee, und königl. preussische Offiziere in das königl. württembergische Armeecorps kommandiert werden können. Hinsichtlich etwa wünschenswerter Verlegung einzelner Offiziere... haben in jedem Specialfalle besondere Verabredungen stattzufinden.

Wie von den Referenten der Kommission, dem Abg. Konrad Hausmann, dem Kriegsminister, dem Ministerpräsidenten und einzelnen Abgeordneten betont wurde, sind für die besonderen Verabredungen zwischen Preußen und Württemberg in der Konvention keinerlei Grenzen gezogen, auch handelt es sich dabei nicht um Vereinbarungen im technisch-staatsrechtlichen Sinne. Daß aber der Wortlaut und Sinn des § 8 der Konvention, der nur von Abkommandierungen auf 1-2 Jahre und der etwaigen Verlegung einzelner Offiziere spricht, sich mit der inzwischen thatsächlich eingetretenen Verpreuung des württembergischen Armeecorps nicht verträgt, leuchtet ohne weiteres ein. Daß die Annahme des Antrags an den Zuständen etwas ändern wird, ist trotzdem kaum anzunehmen. —

**Der Mörder Prinz Arenberg** soll, der „National-Zeitung“ zufolge, zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden sein. Ist er denn nicht aus dem Dienst entlassen worden oder hält man ihn etwa noch für fähig, nach eventueller baldiger Begnadigung Kultur in China zu verbreiten?

**Lang, lang ist's her!** Sein 50jähriges Bürgerjubiläum beging am 31. Oktober in Moskau einer der wenigen Veteranen der 48er Revolution, der Medizinalrat Dr. Fr. Dornblüth, der nebst einer Reihe anderer Würter, darunter Professoren, seinerzeit wegen hochverrätherischer Bestrebungen zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden war. Die Verurteilung wurden nach ihrer Entlassung vom Volk als Märtyrer gefeiert. Es steht also attemmäßig fest, daß es auch einmal in Preußen liberale Männer gegeben hat. Es ist das freilich schon lange her. Heute ist der medienburgische Liberalismus ebenso korrupt, wie überall. Auch dafür läßt sich, wie unser Moskauer Bruderorgan mitteilt, der attemmäßige Beweis erbringen:

Bei der vorletzten Reichstagswahl, als die Konservativen mit den Sozialdemokraten um die Vertretung des 5. medienburgischen Wahlkreises in der Stichwahl rangen, da traten ein liberaler Wahlkämpfer, in welchem die Liberalen hoch und heilig beten, sie wollten für den Erz-Reaktionären, den Freund der Junker, den Kandidaten der Konservativen, den Herrn Dr. v. Buchta stimmen. Und als einer der vorerften Unterschriften steht unter diesem liberalen Wahlkämpfer der Name des Dr. Fr. Dornblüth, desselben Manns, den einst die niederrichtigsten Mänke thätigsten Junkertums in die Zuchthausstrafe gesteckt hatten.

**Herr von Liebert befördert?** Wie verlautet, soll der Gouverneur von Deutsch-Schwarz, von dessen Kulturfähigkeit recht absonderliche Gerüchte im Umlauf sind, wieder in die Armee und zwar unter Beförderung zum Generalleutnant versetzt werden. — Wir müssen diese Nachricht vorläufig bezweifeln; so lange es Herrn von Liebert nicht gelungen ist, sich von den gegen ihn erhobenen schweren Anschuldigungen zu reinigen, sollte die Reichsregierung unter allen Umständen auf seine Dienste verzichten.

**Gymnische Kultur** beabsichtigen die medienburgischen Konservativen nunmehr auch im kleineren Deutschland zu verbreiten. Die „Medienb. Nachr.“, das offizielle Organ der konservativen Partei,

teilen mit, daß die Petitionsbogen auf denen der Reichstag um schnelle Einführung der Prügelstrafe gebeten wird, auf ihrer Expedition ausliegen. Ob man nach deutsch-überseeischem Muster die Prügelstrafe auch für Staatssekretäre in Aussicht zu nehmen gedenkt? —

**Mysteriös.** Eine auffällige Beschlagnahme hat gestern auf dem Dampfer „Bundesrat“ in Hamburg stattgefunden, es sind von Gerichts wegen 2 Millionen Mark in Goldbarren mit Beschlagnahme belegt worden. Die Risten mit den Goldbarren sind gestern nachmittags auf Ersuchen des Landgerichts von der Norddeutschen Bank in Verwahrung genommen worden. Die Beschlagnahme-Ordnung ist von der zweiten Zivilkammer des Hamburger Landgerichts ausgegangen. Amtliche Aufklärung über die mysteriöse Affäre liegt auch heute noch nicht vor. Nach weiteren Meldungen soll als Klenber des Golds Präsident Krüger genannt sein, doch wird vermutet, daß es transbaalische Staatsgelder seien. Der Antrag auf Beschlagnahme des Golds ging, wie verlautet, von zwei großen Banken aus, denen von der Transbaal-Regierung Geldsendungen, und zwar vor der Erklärung des Kriegs, konfisziert wurden.

Die „Hamburgische Börse“ teilt über den Fall noch folgendes mit:

Bekanntlich hatte die Regierung der Südafrikanischen Republik während des Kriegs die Ausbeute der Goldminen für ihre Zwecke verwendet und den Besitzern der Minen Wons dafür ausgestellt. Da nun der Ausgang des Kriegs die Einlösung der Wons in Frage stellt, ist auf Anhalten eines internationalen Konsortiums von Beteiligten die Beschlagnahme der 80 Risten bewirkt. Der Gesamtwert der Sendung wird auf etwa drei Millionen Mark geschätzt. Die 80 Risten wurden vom Hafen nach der „Norddeutschen Bank“ gefahren und vorläufig dort untergebracht. —

**Die Ahabbegeisterung** verspottet die „Post“ — bei den Engländern wie folgt: Ahab-Zapeten. Die Begeisterung für die C. J. W., denen jetzt ein so glänzender Empfang bereitet wird, wisst ihre Schatten auch auf die Industrie. Auch die englischen Babies sollen in Zukunft in der Betrachtung der rühmreichen Thaten der C. J. W. im Boerenkriege aufwachen. Damit keine Gelegenheit verpaßt wird, sollen die Bände der Kinderstuden mit einer neuen besonderen C. J. W.-Ahab-Zapete tapetiert werden, die soeben in großen Mengen in den Handel gebracht wird. Die Ahab-Zapete ist in ihrer Art wunderbar. Der vorherrschende Ton ist Ahab, aber die Bilder darauf sind in sechs Farben und stellen alle möglichen Vorfälle des Kriegs dar. Das Stück kostet 2,75 M.; für einige 20 M. können Kinder gegen 100 C. J. W.-Zapeten, Kavallerie-Attiden, Erläuterungen von Kopjes, Verstörungen von Panzerzügen und andre Episoden aus dem Kriege sich vor Augen haben. Bei so ausgezeichneten Vorbildern werden jedenfalls die Scheingefechte in den Kinderstuden fortan viel realistischer werden. Die Ahab-Zapete ist ein Zeichen der Zeit. Früher sah man in englischen Kinderstuden in niedlichen Bildern die Thaten und Unthaten des kleinen Guckaud, jetzt müssen auch die Babies auf der Höhe sein und ebenso wie die Erwachsenen das Ahabfieber haben.

Spottet ihrer selbst und weiß nicht wie. —

### Ein Geschäft.

Der Redaktion unfreies Moskauer Bruderorgan ist von einem medienburgischen Rittergutsbesitzer folgendes interessante Schreiben zugegangen:

„Heute war ich in Kropeln und auch in Moskau, wo ich bestimmt erfahren habe, daß die Socialpartei in Hamburg ernstlich gewillt sei, . . . zu laufen, um einen Landtagsstand für Medlenburg damit zu erwerben. Es thut mir außerordentlich leid, daß ich nicht bei meiner heutigen Anwesenheit in Moskau auf den Gedanken gekommen bin, diesfalls mit Ihnen in dieser Angelegenheit Rücksprache genommen zu haben, und soweit wende ich mich dem hiermit an Sie, ob Sie es nicht vermögen, diesen Herren in Hamburg den Vorschlag zu machen, daß ich gewillt bin, falls dieselben geneigt sein sollten, denselben . . . unter der Hand zu verkaufen, was aber dann recht bald vor sich gehen müßte. Es würden somit die Kosten des weiteren Verfahrens gespart, und könnten dann den Landtagsstich schon nächsten ausüben. Sollten Sie, verehrter Herr, in dieser Sache wirksam dazu beitragen können, so bin ich gern bereit, Sie für Ihre Mädelwaltung zu entschädigen, und steht Ihrer gerechten umgehenden Benachrichtigung freundschaftlich entgegen als Ew. Wohlgeborenen gehorsamster . . .“

Ein gerechener Junker! Vielleicht hat er irgendwo einmal etwas davon gehört, daß Karl Marx einmal gedauert hatte, daß es vielleicht das Beste wäre, die ganze Bande anzukaufen!

Was wohl die Standesgenossen der biederen Junker sagen werden? —

**Belohnte Opposition.** Der wegen seiner Anwaltsgegnerchaft zur Disposition gestellte Landrat des Kreises Friedeberg in der Neumark, v. Warkstedt, hat infolge seiner Verurteilung in das Oberpräsidium zu Schleswig sein Mandat als Mitglied des Hauses der Abgeordneten für den Wahlbezirk Arnswalde-Friedeberg niedergelegt.

Die Junker können anfangen, was sie wollen: sie werden immer befördert. Kriegen sie, so werden sie belohnt; trohen sie, geht es ihnen erst recht gut. —

**Die Pfarrerwöschin** soll nach den Schilderungen eines Kaplans in der „Anged. Abendz.“ keineswegs die heitere Possenfigur sein, als welche die Welt sie kennt, sondern zuweilen sogar über Kapläne, die demitleidenswerten Untergebenen der Pfarrer, ihr durchaus nicht mit Rosen unumwundenes Scepter schwingen. Befugter Kaplan klagt gar beweglich über diese doppelte Unterordnung, überhaupt die ganze unzulässige Stellung der Kapläne, die sich in „nächsteren Pflichten einer Brotarbeit“ erschöpfe. Die Centralpresse nimmt die Indiskretionen des der liberalen Presse kein Herz ausschütten den Kaplans natürlich gewollt fern. Sie spricht von der „unförmigen und verderbten Manier“ der Verfassergemeinung einzelner Fälle, von einer qualifizierten Verleumdung schwerer Art, von „schmachvollen und haltlosen Treiben“ und endlich von dem Vogel, „der in solcher abstoßenden Weise das eigene Nest beschmutzt“. Wir können dem Centrum die Entrüstung über diese Mißstellung der „Vertreter der heiligsten Autorität“ auch sehr gut nachfühlen.

### Chronik der Majestätsbeleidigungen. Prozesse.

Der Tagelöhner Jakob Regele von Emmering treibt sich seit Jahren arbeitslos und bettelnd im Lande umher und ist deshalb wiederholt mit dem Gesetze in Konflikt gekommen. Am 11. Oktober dieses Jahres stand Regele wieder einmal vor dem Schöffengericht Dackau, wo gegen ihn unter andrem auch die Uebertretung an die Landespolizei ausgeprochen wurde. Da der alte Landrichter diese Uebertretung strich, so erging er sich im Sitzungssaal in beleidigenden Äußerungen über den König. Die Ausdrücke wiederholte er auf dem Transport. Regele, der schon dreimal wegen Beleidigung des Landesherren vorbestraft ist, erhielt neun Monate Gefängnis.

**Immer tiefer hinein.** Kürzlich ging die Nachricht durch die Presse, daß die deutsche Reichsregierung in Tsintau große Werkstätten, Gießereien, eine Werkstätte mit Treibendock und andre zu durchgreifenden Reparaturen der Kriegsschiffe notwendige Einrichtungen zu schaffen beabsichtige. Konservative und nationalliberale Blätter äußerten ihre Zweifel darüber. Daß diese Zweifel unbegründet sind, geht aus einer Korrespondenz der „Volks-Zeitung“ hervor, welche dieser aus Cenua zugeht. Danach ist auf dem großen Transport-

dampfer „Löwenburg“, welcher Ende September den Suezkanal passierte, das gesamte Einrichtungsmaterial an Maschinen und Werkzeuge für jene Werkstätten und Gießereien sowie für die Werkstätte verpackt worden, daß sowohl gleichzeitig als auch später die Arbeiter, Aufseher und Leiter, Schlosser, Schmiede, Mechaniker, Klempner, Gießer, Fräser, Formmacher, Zimmerleute, Elektrotechniker, Maschinenbauer und Ingenieure den Weg ostwärts genommen haben und zwar zum dauernden Aufenthalt in Deutsch-China.

Die Errichtung der Reparaturwerkstätten und Treibendock erfordert natürlich auch eine starke Befestigung des Hafens und — die Kostenrechnung wird immer größer. —

### Ausland.

#### Der Kampf um die Doppelinitiative.

Jülich, 29. Oktober.

Der Kampf um die Doppelinitiative bleibet in Bezug auf Ausdehnung, Intensität und Lebhaftigkeit kaum hinter demjenigen im das Verfassungsgebiet zurück. Nur sind die Rollen der Parteien insofern völlig vertauscht, als heute die herrschenden Radikalen in der Defensive und die Konservativen, sowie Ultramontanen im Bunde mit den Sozialdemokraten und mit dem Häuflein ostschweizerischer Demokraten in der Offensive sind. Die Radikalen kämpfen um die Erhaltung ihrer Macht und ihrer Vorzugstellung an der Bundes-Kelche, sie sind also die Konservativen, die um die Aufrechterhaltung und Vereinhaltung ihres Erworbenen den Kampf führen. Für eine Fortschrittspartei, als welche sich die herrschenden Radikalen gerieren, ist diese eine faule Situation und faul sind denn auch die Argumente, die sie gegen die beiden Initiativbegehren vorbringen.

Die verblendete Haltung der Radikalen zeigt, daß auch in der Politik der Besitz sagt, bequem und engherzig macht. Sie haben, um die Minderheitsparteien niederzuhalten, das demokratische Erbe ihrer ungleich besseren Vorkämpfer verraten und verkauft; sie haben ihre besseren demokratischen Grundzüge, ihr Programm preisgegeben, um sich für alle Zeiten in der erregenen Machtstellung behaupten zu können. Sie halten ihre Herrschaft für die letzte und höchste Phase der demokratischen Entwicklung der Eidgenossenschaft und sie bekämpfen daher jede von anderer Seite angestrebte Weiterentwicklung der Demokratie und ihrer Einrichtungen.

Und um die Weiterentwicklung der Demokratie handelt es sich bei den beiden Initiativbegehren der Minderheitsparteien betreffend die Volkswahl des Bundesrats und die Proportionalwahl des Nationalrats. Wären die Radikalen den allen demokratischen Grundzügen treu geblieben, hätten sie sich die Jugendlichkeit und Elasticität einer entwicklungsfähigen Partei bewahrt und hätten sie rechtzeitig den lebendigen Strömungen und Bedürfnissen in den weitesten Kreisen des Volks Rechnung getragen, sie wären auf unabsehbare Zeit ihre hervorragende Stellung nicht bloß behauptet, sondern sogar noch glänzender gestaltet haben. Sie würden den oppositionellen Bewegungen den Wind aus den Segeln genommen und für die eigene Partei dienstbar gemacht haben, wenn sie sich selbst an die Spitze derselben gestellt und als wahre Fortschrittspartei die Demokratie weiter ausgebaut hätten.

Die Situation ist heute in der That bereits so, daß mit der Annahme der beiden Initiativbegehren, mindestens aber mit der Annahme der Proporzinitiative in der Volksabstimmung am 4. November zu rechnen ist.

Der Kampf der Radikalen gegen die Doppelinitiative wird ungefähr nach der bekannten Schablone geführt, nach der unsere Gegner den Socialismus bekämpfen. Alle die Mißstände, die heute bestehen und welche die Opposition gegen die geltende Ordnung hervorgerufen haben, werden der angestrebten neuen Ordnung angehängt und diese so zu einem Peribol des Ideals umgewandelt. Das gelungenste Gegenargument der Radikalen ist die Behauptung, daß beide Initiativbegehren nicht notwendig seien. Natürlich nicht für die Radikalen! Für sie verlangt aber auch kein Mensch die Volkswahl des Bundesrats und die Proportionalwahl des Nationalrats; nein, man will sie gegen sie, nicht für sie!

Beide Initiativbegehren haben mehr als formalpolitische Bedeutung, sie haben auch materielle, insbesondere große socialpolitische Bedeutung. Ramentlich gilt das vom Nationalrat. Derselbe ist heute seiner Zusammensetzung nach ein wahres Geldsack-Parlament, dessen große Mehrheit aus Fabrikanten, Aktionären und Kapitalgegnossen besteht. Die vier socialdemokratischen unter den 147 Abgeordneten verschwinden, sie werden von den Vertretern der Geldsack- und Unternehmer-Interessen ignoriert und überstimmt. Das lohnarbeitende Volk bildet auch in der Schweiz die große Mehrheit; es gilt für dasselbe auch das gleiche Recht wie für die Westgenossen; aber diese Gleichberechtigung steht auf dem Papier, so lange nicht auch die Arbeiterklasse die ihrer großen Zahl entsprechende Vertretung in den Behörden, besonders im eidgenössischen Parlament hat.

Der Nationalrat macht im Verein mit dem Bundes- und Ständerat die Gesetze und sie fallen immer entsprechend der Zusammensetzung dieser Behörden aus. Das Referendum ist dagegen trotz seiner großen Bedeutung kein ausreichendes rationelles Volkrecht, denn es gestattet nur die Annahme oder Verwerfung des Gesetzes, eine Abänderung und Verbesserung durch die Volksabstimmung ist ausgeschlossen.

So wird auch das Referendum erst ein wahres und rationelles Volkrecht, wenn der Bundesrat vom Volke gewählt und vollständig zusammengesetzt ist und wenn der Nationalrat durch die Proportionalwahl diejenige Zusammensetzung erhält — wenigstens annähernd erhält —, welche der Zusammensetzung, den verschiedenen Bestandteilen des gesamten Volks entspricht. Erst dann ist das Parlament auch eine wahre Volksvertretung.

Die Sozialdemokraten kämpfen auf der ganzen Linie mit Begeisterung und Energie, möge ihnen dafür ein voller und glänzender Sieg werden! —

### England.

**Lord Salisbury** will von seinem Amte als Minister der auswärtigen Angelegenheiten zurücktreten und diesen Posten dem Lord Lansdowne überlassen. Er selbst würde nach wie vor Kabinettschef bleiben. Die Ernennung Lansdownes findet in der englischen Presse keine günstige Beurteilung. Es ist geradezu ein „nationales Unglück“, daß dieser überaus wichtige Dienstposten dem genannten Lord übertragen werden sollte. Andre Blätter, wie „Daily News“, trösten sich damit, daß Salisbury der wirkliche Minister des auswärtigen bleibe, daß Lord Lansdowne nur sein Commis sein werde. —

### Spanien.

**Zur Karlistenbewegung** wird aus Barcelona vom 1. November berichtet: Die hiesige Polizei entdeckte zwei Waffenlager, deren Vorrat auf sechs Wagen zum Artilleriepark geschafft wurde. In den Depots wurde auch ein großer Vorrat Kriegsmunition mit der Aufschrift „Königliche Armee von Catalonien“ aufgefunden. Wie verlautet, sollte die gescheiterte Bewegung erst in der zweiten Hälfte des Monats November zum Ausbruch kommen. Verschiedene Abteilungen von Karlisten gleichzeitig den Gemeinderat sowie die Wohnung des Generalgouverneurs und des Generalkapitans angreifen. —

### Afrika.

Die annektierten Boeren wehren sich noch immer ganz energisch ihrer Haut, wie zahlreiche Nachrichten über Gefechte beweisen, die zum Teil zu Gunsten der Boeren verlaufen.

Ein Boerenkommando in Stärke von 150 Mann umzingelte am 28. Oktober einen englischen Außenposten von 60 Mann in der Nähe von Geneva und nahm ihn gefangen. Die Boeren griffen sodann den von Kapstadt kommenden Postzug an, raubten ihn aus und steckten ihn in Brand. Inzwischen kam von Geneva her ein Panzerzug heran und eröffnete das Feuer auf den Feind, welcher alsbald verschwand. Die Passagiere des Zugs löschten das Feuer, worauf der Zug nach Kroonstad weiterfuhr. Zwölf Boeren wurden gefangen genommen. Der Zug ist nicht stark beschädigt, das Gepäck ist aber zum Teil zerstört. Die gefangenen englische Feldwache wurde später wieder freigelassen.

Wie aus Pretoria berichtet wird, ist Botha mit einer starken Streitmacht auf dem Marsch nach dem Steinhards-Distrikt, von wo aus eine Anzahl unversöhnlicher Boeren einen neuen Zug beabsichtigen.

Lord Roberts telegraphiert aus Johannesburg vom 31. Oktober: Nach der Besetzung Veldheems durch die Engländer am 21. Oktober und der Niederlage der Boeren drei Meilen von Veldheem, wo die Boeren aus einer starken Stellung geworfen wurden, wurde eine zweite starke Stellung der Boeren von einem halben Bataillon Grenadiere unter dem Schutze von Artillerie angegriffen. Der Feind hielt sich gut, aber er wurde, da er keine Artillerie hatte, in kurzer Zeit zurückgeworfen. Die Engländer verloren 3 Tote und 17 Verwundete.

Ein Telegramm aus Alibab North besagt: Auf die Meldung vom Befehlshaber der Kap-Polizei in Odenalstroom, daß man in Palmietfontein am Orange-Fluß Schieken höre, wurde von hier eine Erkundungsabteilung von 40 Mann unter dem Befehl des Kapitäns Knott abgefanzt. Später wurde berichtet, daß ein Boerenkommando von 200 Mann gegenüber Odenalstroom gesehen worden sei; hieraufhin gingen weitere 40 Mann zur Verstärkung der Polizeitruppe in Odenalstroom ab, während 80 Mann zur Unterstützung des Kapitäns Knott ausrückten. Den letzten Bericht zufolge ist in der Gegend von Hennings Farm gegenüber Odenalstroom ein Gefecht im Gange.

### Amerika.

Die Präsidentenwahl, die in einigen Tagen stattfinden wird, beherrscht jetzt das ganze öffentliche Leben. Bryan hat dieser Tage seine Abschiedsrede vom Staate New York gehalten; er hat sich nach Ohio, Illinois und Indiana begeben. Seine Reden in New York sind ohne Zweifel von großem Eindruck gewesen und seine Anhänger erhoffen zuversichtlich den Sieg.

### Partei-Nachrichten.

Ihr zehnjähriges Jubiläum als Tagesblatt feierte am 1. November die „Volkswacht“ in Breslau. Eine Extranummer des Blatts wird die Geschichte dieser zehn Jahre des Kampfs darstellen.

Die französischen Parteigenossen, die sich als antiministeriell auf dem letzten nationalen Kongreß von der Mehrheit trennten, erlassen folgende Erklärung:

Der Nationalrat der französischen Arbeiterpartei, die Verwaltungs-Kommission der revolutionär-socialistischen Partei und das Sekretariat der kommunistischen Alliance erklären:

Mehr denn je entschlossen, in dem gemeinschaftlichen Bestreben zu beharren, das sie seit dem Manifest vom Juli 1899 geeinigt hat, beteuern die genannten Fraktionen aufs neue ihre brüderliche Eintracht.

Nachdem wir im Saale Wagram und im Saale Cantier unsere Pflicht erfüllt und gekämpft haben, um die sozialistische Lehre rein zu erhalten und die Partei vor jeder Vermischung mit bürgerlichen und ministeriellen Elementen zu bewahren, so bleibt uns jetzt nur noch übrig, dieses Werk fortzusetzen, indem wir die Einigung der Partei mit Ausschluß aller fremden Elemente auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes vorbereiten.

Zu diesem Zwecke und entsprechend der im Saale Wagram vom Genossen Bailant vorgeschlagenen und zugleich im Saale Cantier abgestimmten Resolution haben sich die genannten Körperschaften als Kommission für die Ausarbeitung eines Vorschlags zur Einigung der revolutionären Kräfte konstituiert. Bevor der so zu stände gekommene Einigungsvorschlag einem Kongreß, der übrigens unter lokalen und aufrichtigen Bedingungen zusammenzutreten hat, unterbreitet werden wird, wird er zunächst der Prüfung aller bestehenden Organisationen und Gruppen übergeben werden.

Delegierte der genannten Vereinigungen werden sich allen französischen sozialistischen Gruppen zur Verfügung halten, um ihnen den gemeinschaftlich durchberathenen und angenommenen Entwurf zu erläutern.

Paris, 21. Oktober 1900.

Für die revolutionär-socialistische Partei, der Sekretär: Landrin.

Für die französische Arbeiterpartei, der Sekretär: Jules Guesde.

Für die kommunistische Allianz, der Sekretär: Marchand.

Für die autonome sozialistische Föderation von Doubs, Haut-Rhin, Haute-Saône, der Delegation: Dejeante.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Gebrauchsmarkt-Spindelsystem. Aus Anlaß der Straßenbahner-Bewegung in Braunschweig wurde der Genosse Heymann, Redacteur des dortigen Parteiblatts, wegen Beleidigung verhaftet.

Die Straßenbahner hatten häufig Versammlungen und nach bewährten Mustern schickte die Direktion ihre Spindel in die Versammlungen, die über die Teilnehmer Bericht erstatten mußten. Infolge dieser Berichte wurden denn auch eine Anzahl Versammlungsteilnehmer aus dem Dienst der Straßenbahn entlassen.

Besonders that sich unter den Spindeln ein gewisser Rüttle hervor, der bei der Straßenbahn als Schneider beschäftigt war. Heymann veröffentlichte darauf in seinem Blatte eine Notiz, worin er der Rüge die Spitze anhängte und den Rüttle gebührend charakterisierte.

Rüttle klagte wegen Beleidigung, das Gericht sprach Heymann frei mit folgender Begründung:

„Das Gericht hat den Wahrheitsbeweis für die Behauptung, daß Rüttle ein Demagoge sei, als erbracht anerkannt. Seine Handlungsweise war als verächtlich anzusehen und er hätte den ihm gewordenen Auftrag ablehnen müssen. Die Ausführung des Auftrags mußte um so verächtlicher angesehen werden, da der Kläger kein persönliches Interesse daran hatte, die Straßenbahner zu beobachten. Rüttle hätte seiner Handlungsweise unlaute Motive zu Grunde gelegen. Diese Feststellungen rechtfertigen die Form, die der Angeklagte für seine Veröffentlichung gewählt hatte und die den Umständen durchaus angemessen war.“

Das Urteil trifft natürlich in viel schärferer Weise die Auftraggeber des Rüttle als diesen selbst.

Das Ende eines Prozesses. Anlaßlich der Bürgermeisterwahl in Selby (Oberfranken), bei der unser Genosse Ludwig Landier, äußerte die Regiererin Frau Scholler: Es wäre die größte Schande für Selby, wenn Ludwig Bürgermeister würde. Ludwig verklagte die Frau deshalb wegen Beleidigung, wurde aber in allen Instanzen und jetzt auch vom Oberlandesgericht abgewiesen.

Es ist ja nicht jedermanns Sache, sich durch den Schwab einer Regiererin zu fühlen, aber da einmal geflagt worden ist, muß es in der That überfallen, daß in diesem Falle alle Instanzen so wenig Empfindung für den beleidigten Inhalt der Worte hatten, während man doch sonst eher das Gegenteil konstatieren kann.

Hausdurchsuchungen wurden in Altona bei verschiedenen Parteigenossen abermals vorgenommen. Es handelt sich dabei um die Verbreitung mehrerer Flugblätter.

Die Parteigenossen Carstens und Ingwersen auf Husum haben vom Amtsvorsteher aus Adems ein Strafmandat erhalten in Höhe von 3 M., weil sie den „Norddeutschen Volkskalender“ sowie die „Volkswacht“, „Socialdemokratie“ und „Landarbeiter“ in Adems

öffentlich ohne Erlaubnis der Polizei verbreitet haben sollen. Kalender darf man bekanntlich in Preußen ohne polizeiliche Erlaubnis nicht einmal verschicken.

### Gewerkschaftliches.

#### Deutsches Reich.

Eine Protestkundgebung gegen die geplante Abänderung des Maximalarbeitsstags bildete eine Konferenz der organisierten Bäderei-Arbeiter der Provinz Brandenburg, welche am Sonntag in Eberswalde stattfand. Es waren zahlreiche Delegierte aus Berlin und den Vororten, ferner aus Cottbus, Guben, Frankfurt a. O., Pörsch etc. erschienen. Den Centralvorstand vertrat Altmann-Hamburg. Der Führer der Berliner Bädereibewegung, Altgeselle Hochhold, befuhrwortete als Referent, mit allen Mitteln gegen die Festlegung einer zehnstündigen Minimalarbeitszeit als Ersatz für den zwölfstündigen Maximalarbeitsstags Front zu machen. An den Bundesrat und Reichstag sollen Massenproteste der Bäderei-Arbeiter gerichtet werden, in welchen die Aufrechterhaltung der Bädereiverordnung gefordert wird.

In Halle sind circa 180 Maurer in den Ausstand getreten. Die Maurermeister und Baunternehmer haben den im Vorjahre mit den Maurern geschlossenen Vertrag gebrochen. Es handelt sich um Lohnforderungen, die seiner Zeit von dem Gewerbegericht ausdrücklich anerkannt wurden.

Wegen Lohnabzüge haben die Tischler der Vereins-Fabrikfabrik in Dresden die Arbeit eingestellt. Der Abzug beträgt 12-15 Pf. pro Quadratmeter und war verfügt, daß der neue Tarif sofort in Kraft tritt. Die Kommission, welche von den Arbeitern gewählt wurde, um zu verhandeln, wurde mit der Bemerkung abgewiesen, daß, wer zu dem Lohn nicht arbeiten wolle, aufhören möge. Der Zug ist streng ferngehalten.

Streikpökenchen beim Streik ist nach einem Erkenntnis des Hamburger Schöffengerichts für strafbar erklärt, ohne daß es dazu eines besonderen Gesetzes bedürft hat, wie es sich der Lübecker Senat leistete. Man hat sich in Hamburg, wo es auch an einigen andern Orten schon geschehen ist, auf die Polizeiverordnung berufen, die besagt, daß zur Erhaltung der Sicherheit, Ordnung, Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Ruhe auf öffentlichen Straßen den Anordnungen der Polizei unbedingt Folge zu leisten ist. Unter Anwendung dieser Bestimmung ist in Hamburg ein Werftarbeiter wegen Postenstehens beim Streik zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. — Diese Auslegung der Polizeiverordnung ist eine überaus künstliche, denn durch die Anwesenheit einer Person an einem bestimmten Ort kann die Ruhe und Ordnung nicht gestört werden, die Verordnung selbst ist unzuverlässig nur auf Anordnungen auf der Straße berechnet, die den Verkehr hemmen. Weiter ist aber diese Auslegung eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit, denn es ist zur Durchführung eines Streiks unbedingt notwendig, die Arbeiter auf die Konflikte aufmerksam zu machen, ebenso wie es den Unternehmern gestattet wird, Aussperrungen bekannt zu geben. Die Wirkung dieser Auslegung muß die sein, daß die Unternehmer bei Streiks begünstigt werden.

Die Schiffszimmerer in Fleisburg, 70 an der Zahl, sind in den Ausstand getreten, weil den Hilfsarbeitern eine Arbeit übertragen wurde, die bisher von den Zimmerern verrichtet wurde. Die Zimmerer sträubten sich vor allem deswegen gegen diese Aenderung, weil nur auch die Hilfsarbeiter an dem Gesamtaccord teilnehmen, zu dem die Zimmerer die ganzen Schiffsarbeiten abgeschlossen haben. Da aber von ungeschulten Arbeitern die Arbeit nicht so schnell verrichtet werden kann, so bedeutet die Aenderung eine Beeinträchtigung des Verdienstes der Zimmerer.

Die Aussperrung der Weber und Weberinnen der Gebrüder Sandersschen Fabrik in Braunschweig wurde nach eintägiger Dauer zurückgenommen. Es handelte sich um einen Revers, den die Arbeiter unterschreiben sollten, laut welchem in Zukunft die Firma allein darüber zu befinden habe, ob an Markttagen eher Feierabend gemacht werden solle oder nicht. Die Arbeiterchaft weigerte sich jedoch, diese alte, von jeher geübte Gewohnheit aufzugeben. Der Revers wurde nicht unterschrieben und der Firma blieb nichts anderes übrig, wollte sie nicht einen langwierigen Kampf heraufbeschwören, als den Revers zurückzugeben.

### Versammlungen.

Der Weltbund zur Bekämpfung der Vivisektion hielt am Mittwochabend in Kellers großem Saal eine außerordentlich gut besuchte Versammlung ab, in welcher Herr Redacteur Gerling über „die Vivisektion und die Arbeiterfrage“ sprach. Der Redner verglich die Vivisektion, wie sie von unsren Ärzten ausgeübt wird, mit der Inquisition des Mittelalters, nur daß jene noch entwürdigender für die Menschheit sei, als diese, da man den Inquisitionen ihren religiösen Fanatismus und die tiefe Bildungsstufe des Mittelalters zu gute halten müsse, während die Mediziner unsrer Zeit sehr oft die grausamsten Experimente machen, ohne daß ihnen mildernde Umstände zur Seite ständen. In der Hand der Veröffentlichungen medizinischer Zeitschriften zeigte der Referent eine lange Reihe von Beispielen, bei denen Mediziner die ungläublichsten und erschreckendsten Experimente an Tieren nicht nur, sondern auch an Männern, Frauen und Kindern vorgenommen haben. Fast immer werden diese Versuche, von denen übrigens selbst von den Ärzten zugegeben werde, daß sie meist ohne Nutzen seien, an Angehörigen der ärmeren Bevölkerung vorgenommen, die in Kliniken, Krankenhäusern, ja sogar in Kasernen bei Rekruten untergebracht sind. In den leidenschaftlichsten Ausdrücken verurteilte der Redner die Vivisektion und weitergehend die ganze Heilweise der Ärzte und Apotheker. Weil die arbeitende Klasse hier der leidende Teil sei, habe die Arbeiterpresse auch die Pflicht, diesen Fragen ein größeres Interesse entgegen zu bringen. Das sei bisher noch nicht geschehen. Die Diskussion, in der Georg Wagner und Professor Förster sprachen, bewegte sich in den Bahnen des Referats.

### China.

#### Die Antworten der Mächte.

Zu dem deutsch-englischen Abkommen haben nunmehr alle Mächte Stellung genommen. Dem Artikel I und II stimmen alle Mächte rückhaltlos bei, dagegen lehnen Frankreich, Rußland und Amerika den Artikel III des Vertrags ab. In der amerikanischen Antwort an den deutschen und englischen Botschafter wird betont, die Vereinigten Staaten hätten bereits zu erkennen gegeben, daß sie die in diesen Artikeln niedergelegten Grundsätze angenommen haben. Im vorigen Jahre habe die Regierung der Vereinigten Staaten die in China beteiligten Mächte eingeladen, sich einer Ausdrucks ihrer Ansichten und Ziele in der Richtung auf gleichberechtigten Handel in China anzuschließen und sie habe von allen Mächten dahin lautende befriedigende Versicherungen erhalten. Am 3. Juli habe die Regierung der Vereinigten Staaten nochmals ihre Politik betreffend gleichberechtigten Handel mit China und den unversehrten Bestand Chinas bekannt gegeben und habe die Genehmigung gehabt, zu erfahren, daß alle Mächte ähnliche Anschauungen hegten. Seither habe bezüglich der zu verfolgenden Ziele zwischen allen beteiligten Nationen die erfreulichste Harmonie gewaltet und nur wenig Meinungsverschiedenheit über Einzelheiten des einzuschlagenden Wegs geherrscht. Sodann fährt er fort: „Mit großer Genugthuung weiß ich daher der Präsident an, Sie von der vollen Uebereinstimmung der amerikanischen Regierung mit der englischen und der deutschen Regierung in den in jenen Artikeln niedergelegten Grundsätzen in Kenntnis zu setzen.“ Bezüglich des dritten Artikels oder erklärt der Staatssekretär Hay ferner: Da dieser ein wechselseitiges Abkommen zwischen den beiden hohen vertragsschließenden Mächten betrifft, so hält sich die Regierung der Vereinigten Staaten nicht für berufen, ihre Meinung über denselben auszusprechen.

Diese Antworten können der Willow-Presse wahrhaftig keinen Anlaß geben, ob der „großen Erfolge“ ihres Meisters besonders laut zu jubilieren. Die Forderung der offenen Thüre ist von England und Amerika von jeher bestritten, die amerikanische Regierung ist stets für die Integrität Chinas eingetreten zu einer Zeit, als in Deutschland noch die phantastischen Pläne vorherrschten. Amerika hat sich denn auch im Gegenzug zu Deutschland bei den militärischen Operationen in China möglichst zurückhaltend gezeigt. Der Punkt III des Abkommens, der dieses erst zu einem Sondervertrag machte, ist also abgelehnt worden. Es ist also nichts mit den großen Erfolgen Willows.

#### Der geheime Nebenvertrag.

Der nach den Angaben mehrerer Blätter außer dem bekannten deutsch-englischen Abkommen zwischen den beiden Ländern noch bestehen sollte, wird heute von dem „Reichs-Anzeiger“ in Abrede gestellt.

#### Die Sunnenthaten.

Von denen in den Blättern in den letzten Tagen berichtet wurde, finden in der „Köln. Zeitung“ eine eifrige Verteidigerin. „Wenn die deutschen Truppen streng ihres Amtes walteten, so entsprächen sie den Befehlen ihrer Vorgesetzten. Ihres Amtes sei, Ordnung zu schaffen und Ordnung zu halten. Wenn sie dabei die widerspenstigen Chinesen nicht mit Sammethandschuhen anfassen, so werde der Zweck erreicht, der sie über das Meer geführt habe und der nicht darin bestehe, den bezopften Männern zur Unterhaltung und zum Spott zu dienen, sondern sie zur Raision zu bringen.“

Darüber, daß die Soldaten den Befehlen ihrer Vorgesetzten gehorchen müssen, hat ein Streit nicht bestanden. Sache der Vorgesetzten wäre es eben, solche Vorkommnisse, wie sie bei den „Strafexpeditionen“ vorgekommen sind, zu verhindern. Während die „Köln. Zeitung“ sich so direkt als Verteidigerin der europäischen, insbesondere der deutschen Kulturträger aufwirft, die Wahrheit der Berichte aber nicht bezweifelt, scheint die „Voss. Ztg.“ an der Teilnahme der deutschen Truppen an den Grausamkeiten zu zweifeln. Sie brachte nämlich gestern zu der Notiz, die wir aus ihren Spalten entnommen hatten und die von dem Nord- und Zentraldruckwerk der internationalen Truppen handelte, folgende redaktionelle Notiz: „Bisher ist von allen Seiten das gestützte Verhalten der deutschen Truppen bei den Ausschreitungen der andern Kontingente hervorgehoben worden.“

Dieser Zusatz war in unser Blatt natürlich nur versehenlich hineingekommen.

#### Eine Petroleumse.

Die „Wiener Abendpost“ macht aus den Aufzeichnungen eines deutschen Reserve-Offiziers, der bei der chinesischen Kolonialverwaltung Dienste genommen hat, Mitteilungen über die Belagerung der europäischen Besatzungen in Peking.

Dabei wird u. a. erzählt, daß eine Frau v. Koshorn mit einer Petroleumlampe in der Hand herumgezogen sei und die chinesischen Nachbarn persönlich in Brand gesteckt habe, welche den Franzosen und Österreichern bei ihrem Schießen auf die Chinesen hinderlich waren.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Der Kaiser in Hildesheim.

Der Kaiser hielt am Mittwoch nach Entgegennahme des Ehrentrunks im Rathhause in Hildesheim eine Ansprache, in der er zunächst die Stadt Hildesheim feierte; dann fuhr er fort:

„Zu tiefem Danke aber bin ich vor allen Dingen Ihnen gegenüber dafür verpflichtet, daß Sie dieses herrliche Denkmal dem großen Kaiser gesetzt haben. Er hat das Sehnen, das jahrhundertlang durch die gereinigten deutschen Lande ging, wahr gemacht und es ist ihm vergönnt worden, das Deutsche Reich zu schmieden und wieder herzustellen, zuerst in still verborgener Arbeit, hernach aber als Gottes erwähltes Werkzeug, als das er sich immer angesehen hat. So freue ich mich denn, hier auszusprechen zu können, welche Freude ich an dem schönen Denkmal habe und an der Art und Weise, wie Sie es gefeiert und enthaltet haben.“

Einem frommen, ehrwürdigen deutschen Kaiser verdankt diese Stadt ihr Entstehen. Das fortdauernde Interesse von vielen deutschen Kaisern und von ehrwürdigen, heiliggesprochenen Bischöfen hat sie zur Blüte emporgebracht, und einem frommen alten Kaiser verdankt sie es, daß sie sich wieder eine deutsche Stadt nennen kann. Ihm haben Sie dafür das Denkmal gesetzt.

Möge der edle deutsche Sinn, der in den Mauern dieser alt-ehrwürdigen Stadt gepflegt worden ist und so schöne Blüten gezeitigt hat, in alle Ewigkeit Hildesheim bewahren und beschützen, und möge es nie vergönnt sein, ihm allezeit ein friedvoller Schutzherr und Förderer zu sein!

Ich trinke auf das Wohl der Stadt Hildesheim.“

Die Rede wird mit anfälliger Verpöschung durch das Telegraphenbureau bekannt gegeben. Wir wissen nicht, ob Graf Salow in Hildesheim in der Nähe des Kaisers geweilt und die Niederschrift der Ansprache von den Stenographen behufs der von ihm in Anspruch genommenen Censur eingefordert hat. So würde sich die verspätete Veröffentlichung wenigstens einigermaßen erklären.

Trotz der aufscheinend gründlichen Feststellung des kaiserlichen Textes ist dennoch nicht jeder Irrtum beseitigt worden. Ein Irrtum ist es, wenn Wilhelm I. als bewußter Begründer der deutschen Einigung gepriesen wird. Die Geschichte lehrt, daß die deutsche Einigung erst nach langem und zähem Widerstande Wilhelm I. geschnitten werden konnte.

#### 15 Proz. Dividende.

Berlin, 1. November. (W. T. V.) In der heutigen Aufsichtsrats-Sitzung der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft wurde seitens des Vorstands über das Ergebnis des Geschäftsjahrs vom 1. Juli 1899 bis 30. Juni 1900 Bericht erstattet und beschlossen, der auf den 8. Dezember a. c. einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 15 Proz. auf 47 Millionen und von 7 1/2 Proz. auf 18 Millionen, gegen 15 Proz. auf 47 Millionen im Vorjahre in Vorschlag zu bringen.

#### Erneuerung des britischen Kabinetts.

London, 1. November. (W. T. V.) Das Kabinett ist folgendermaßen rekonstruiert worden: Marquis Salisbury Premierminister und Lord-Geheim-Siegelbewahrer, Ritchie Staatssekretär des Innern, Marquis Lansdowne Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten, Brodwood Staatssekretär des Kriegs, Selborne erster Lord der Admiralität.

#### Taifun.

Paris, 1. November. (Telegramm der „Agence Havas“.) Eine über New York eingetroffene Depesche aus Hongkong meldet, daß ein Taifun Anam verwickelt habe; 1600 Personen hätten dabei den Tod gefunden, gegen 5000 Personen seien obdachlos. Der Minister der Kolonien hat keine Bestätigung dieser Nachricht erhalten, jedoch am 24. Oktober ein Telegramm, in welchem gemeldet wurde, daß die telegraphische Verbindung zwischen Saigon und Tonkin infolge Beschädigungen der Leitungen durch einen Taifun unterbrochen sei.

Amsterdam, 1. November. (W. T. V.) Wie das „Handelsblad“ meldet, würde die Vermählung der Königin in der letzten Hälfte des Februar nächsten Jahrs stattfinden. Kom im Haag eingezogenen Verhandlungen ist indessen der Tag noch nicht festgelegt.

Beamtenkorruption im Fall Sternberg?

Zu einem hochsensationalen Ereignis gestaltete sich der dritte Tag im Prozeß Sternberg. Landgerichtsdirektor Müller eröffnete die Sitzung mit der wiederholten dringenden Mahnung an sämtliche Zeugen, sich jeder Einwirkung auf andere Zeugen zu enthalten.

„Raffensau“

zu richten. Es war zweifellos, daß viele von diesen Personen ihr Gewerbe in der schamlosesten Weise zur Kuppelerei benutzten. Da die Raffensau Grete Fischer in der Alexandrinenstraße 1B durch Annoncen-Assistentinnen im Alter von 14 Jahren verlangte, wurde auch sie observiert.

Ein Schulkind.

Nach der Darstellung des Zeugen hat er sich in die Schule begeben, welche die Frieda Wohda besuchte, und der Rektor hat das Mädchen herausgeholt und ihm gesagt, daß es oben auf der Polizei vernommen werden sollte.

Kriminalkommissarius Thiel.

der vorübergehend früher einmal die Abteilung vertrat, in der ich arbeitete, hat mit mir diesmal über die Sternbergische Angelegenheit gesprochen. Zunächst lud er mich zu seinem Geburtstagsessen und wir waren dann mehrere Male in besseren Restaurants zusammen.

200 000 M.

und schwimmen nach dem Genfer See ab, was meinen Sie, ob Sie mich dann noch ansehen werden, wenn ich Sie dann besuche? — Präsi.: Waren Sie denn damals nüchtern? — Zeuge: Ja.

Die Polizei etwas gemacht

werden könnte. Herr Thiel hat dann gefragt, ob denn mit der Wohda nichts gemacht werden könne. Ich brauche ja bloß vor Gericht zu sagen, daß am Ende doch wohl auf die Wohda zu Ungunsten Sternbergs eingewirkt worden sei, für diese Gefälligkeit würden dann die Verteidiger weiter keine unangenehmen Fragen an mich richten.

Justizrat Dr. Sello

das Wort: Mit seinem bisher unbefleckten Namen sei hier ein schmählicher und geradezu unerhörter Mißbrauch getrieben worden, so daß er, bis diese Sache nicht klipp und klar aufgelklärt und festgestellt sei, nicht seines Amtes in dieser Sache weiter walten könne.

Amidverschwiegenheit zu erbinden.

Der Zeuge fährt sodann fort: Er könne sich wohl denken, worauf die von der Verteidigung an ihn zu stellenden Fragen hinauslaufen sollten. Er wolle aus freien Stücken zugeben, daß er sich dadurch vergangen habe, daß er zu der Hausfrau (durch welche einer der neuen Fälle gegen Sternberg in Fluß gekommen ist), im unerlaubten intimen Verkehr gestanden habe, er bestreite aber entschieden, daß er irgend etwas getan habe, das als Bestechung oder Bestätigung aufzufassen wäre.

Der Verlesung der protokollierten Aussage des Kriminalkommissarius Stierstädter wohnte der Chef der Kriminalpolizei, Regierungsrat Dieterici bei, der durch den Kriminalkommissar v. Tressow herbeigeholt worden war. Der Zeuge Stierstädter sagte u. a. auch noch aus: Ende Juli sei er in der Wohnung des Kommissars Thiel gewesen, dieser habe ihm mitteilen wollen, wie er den Dienst wünsche, wenn er vielleicht am 1. August in sein Decernat versetzt würde.

bis ihm wirklich Geld gegeben

werde, aber wenn er vor Gericht unter seinem Eide vernommen werde, soll er alles sagen, was er mit gutem Gewissen verantworten könne. — Staatsanwalt Braut hat im Interesse der Billigkeit, dem Justizrat Sello Gelegenheit zu geben, sich eidlisch zu dieser Sache zu äußern.

kein wahres Wort.

es ist aus der Luft gegriffen, ein vollständiges Märchen von Anfang bis zu Ende. Ich habe weder mündlich noch schriftlich, weder andeutungsweise noch direkt derartige Mitteilungen, wie hier behauptet worden, Herrn Kriminalkommissar Thiel zukommen lassen. So feierlich, wie es irgend möglich ist, gebe ich die Erklärung ab, daß an alledem, was Herr Thiel dem Zeugen angeblich gesagt haben soll, kein wahres Wort ist.

nicht zu den Akten gekommen.

sondern nach der heutigen Bekundung des Zeugen auf den eignen Wunsch der Pfeffer vernichtet worden. Diese wichtige Thatsache habe der Zeuge in der früheren Verhandlung überhaupt nicht mitgeteilt. Ferner ergebe die heutige Vernehmung des Zeugen die erstaunliche Thatsache, daß an dem Tage, wo der Zeuge die Frieda Wohda sistierte und diese auf dem Polizeipräsidium war, „zufällig“ auch die Helene Pfeffer auf dem Polizeipräsidium anwesend war und das Kind sah anfaß.

Pfeffer seiner Frau einen alten Regulator und eine Lampe überlassen habe, als sie ihre Wohnungseinrichtung auflöste. — Auf Verlangen des Präsidenten erklärt der Zeuge, daß Hr. Pfeffer sich augenblicklich in Hamburg befinde; er habe dies noch gestern von dem Portier des Hauses erfahren. — Rechtsanwalt Dr. Werthauer wünscht zu wissen, ob sich der Zeuge an den Pfeffer treiben betheiligt habe.

Sociales.

Die Eisenindustriellen, die jetzt, wo weniger Aufträge einlaufen, sofort mit Lohnkürzungen beginnen, haben während der günstigen Geschäftsperiode der verflochtenen Jahre in rücksichtsloser Weise Leben und Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel gesetzt.

Einen Aufschluß über die Ursache dieser erschreckend hohen Steigerung der Unfälle giebt der Bericht der Gewerbeinspektion des Regierungsbezirks Arnberg für 1899. Dort heißt es, daß die größte Zunahme der Unfälle im Bezirk bedeutend gemachten Unfallhaffer der Inspektionsbezirk Dortmund aufweist, und zwar steht dort eine Zunahme der Arbeiterzahl um 9 Proz. eine Zunahme der Unfälle um 39 Proz. gegenüber.

Das sind doch Standalöse Zustände! Und man muß da immer wieder die Frage aufwerfen: Weshalb erhebt keine Staatsanwaltschaft gegen solche gewissenlose Unternehmer Anklage wegen sabträchtiger Körperverletzung und Tötung!

Die Kesselrevisionen sind ja jetzt, dem steten Drängen unserer Partei nachgebend, endlich den Gewerbe-Aufsichtsbeamten in Preußen wieder abgenommen worden. Gerade für die schlimmste Periode aber, in der die rücksichtslose Profitgier des Unternehmertums den Arbeitern die gefährlichsten Arbeitsbedingungen schuf, haben die preussischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten mehr die Kessel als die anderen Betriebseinrichtungen inspiziert müssen! Kein Wunder, daß da die Arbeiter ihr Leben und ihre Gesundheit einzubüßen verurteilt waren!

Daß man aber noch einige besondere Rücksichtslosigkeiten der Eisenindustriellen, die die Gewerbe-Aufsichtsberichte mitteilen, sind in verschiedenen Betrieben erstens angegeben und zweitens der deutschen Sprache nicht mächtige polnische Arbeiter verwendet worden, die nicht fähig waren, die Anweisungen und Warnungen der deutschen Vorarbeiter richtig zu verstehen!

Ferner haben die Unternehmer in unterantwortlicher Weise jugendliche Arbeiter mit gefährbringenden, Erfahrung und Kraft voraussetzenden Arbeiten beschäftigt. Der Gewerbe-Inspektor in Hirschhorn hat wieder „verhältnismäßig, viele und schwere Unfälle unter den jüngeren Arbeitern zu beklagen“. In seinem Bezirk entfiel:

Table with 3 columns: Arbeiter von 14-16 Jahren, Arbeiter von 16-21 Jahren, Arbeiter über 21 Jahre. Rows show accident statistics for 1898 and 1899.

Von den 4 Todesfällen, welche sich an Getrieben und Maschinen im Inspektionsbezirk Hirschhorn zugetragen haben, betrafen drei jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren!

In diesen Ziffern und den sonstigen Mitteilungen der Gewerbe-Aufsichtsbeamten liegt die schärfste Verurteilung des Gebahrens jener Industrie! Aber was fragen die Industriellen danach! Arbeiter, die sich verleben lassen, fanden sich immer wieder und die Dividenden steigen höher und höher; das Blut an ihnen fließt, in den Privatbeständen wie den Direktoren gleichgültig — das Geld riecht ja doch nicht!

Ueber die sanitären Vorschriften für Bäderien und Kouditorien, die im Reichsamt des Innern geplant werden, erfährt die „Vossische Zeitung“ folgendes:

Zu Zukunft darf der Fußboden einer Bäderie nicht tiefer als 1/2 Meter unter dem Erdboden liegen. Die Badstudenräume müssen 3 Meter hoch und mit Fenstern versehen sein, welche genügen, um für alle Zelle der Räume ausreichend Luft und Licht zu gewähren. In Bäderien, in welchen regelmäßig mehr als zwei Wäscherinnen und Wäscherinnen beschäftigt werden, müssen ferner für das Badhaus und die Badstube getrennte Räume vorhanden sein. Die Zahl der in jedem Arbeitsraum beschäftigten Personen muß so bemessen sein, daß auf jede wenigstens 15 Kubikmeter Luftraum entfallen. Die Temperatur in den Arbeitsräumen darf 35 Grad Celsius nicht

Abersteigen, und endlich sollen auch noch besondere Anleide- und Wafschäume vorhanden sein, die von den Arbeitkräften zugut zu erreichen und heizbar sind. In Fällen, wo diesen Anforderungen nicht ohne Um- oder Anbauten entsprochen werden kann, soll während der ersten zehn Jahre lediglich die Befestigung erheblicher Mängel, die ohne bedeutende Aufwendungen möglich sind, verlangt werden.

Das ist zwar nicht viel, aber ein Fortschritt wäre es immerhin, der allerdings in der Hauptsache einen Wechsel auf die Zukunft bedeutet.

Über was wird mit der Arbeitszeit?  
Zur Zeit werden, wie das Blatt noch mitteilt, die Vätermeister über die Vorschläge gehört.  
Die Vätergefallen nicht?  
Gegen die Vergewaltigung der Ortskrankenkassen. Die freie Vereinigung der badischen Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen, die gegen 70 Vereine mit über 100 000 Mitgliedern umfasst, beschäufte sich in ihrer Generalversammlung in Karlsruhe vornehmlich mit der Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes. Die Ansicht der Versammlung fand in folgender Resolution Ausdruck:

Die heutige Generalversammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen jede Beschränkung der Selbstverwaltung der Krankenkassen, da kein Beweis erbracht worden ist, daß die Selbständigkeit der Kassen mißbraucht worden sei. Eine Zentralisation sei nur dann zu befürworten, wenn sich derselben alle Kassen, auch die Betriebskassen angeschlossen. In Bezug auf die freie Kartierung ist die Entscheidung den einzelnen Kassen zu überlassen.

Kinderschutz? In Frankfurt a. O. ist eine Verordnung erlassen worden, wonach Kinder unter 8 (acht) Jahren außer dem Hause nicht gewerblich beschäftigt werden dürfen. Uns will dünken, als ob das zu tief in das Erwerbleben des Volks eingriffe; man sollte das Schulalter auf 2 bis 3 Jahre festsetzen.

Die Bibliotheken sämtlicher Gewerkschaften Dessau sollen nach einem Beschluß des dortigen Gewerkschaftsrates zu einer gemeinsamen Bibliothek vereinigt werden. Dem Beschluß haben sämtliche Gewerkschaften mit Ausnahme der Maurer zugestimmt. Seine wesentlichste Bedeutung wird sich erst in der Folge zeigen, wenn die gemeinsamen Mittel zu Anschaffungen nach einheitlichem Plan verwendet werden können.

### Eingegangene Druckschriften.

Die „Socialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin W., Lützowstr. 88a) haben soeben das November-Heft ihres 6. Jahrgangs erscheinen lassen. In demselben wird die Artikelserie über den Stand der socialistischen Bewegung und des Abwands der socialistischen Theorien in den einzelnen Kulturstaaten — die in den früheren Heften bereits Studien über den Sozialismus in Dänemark, England, Finnland, Frankreich, Holland, Italien, Dänemark, Polen, Queensland, Russland, Spanien und Ungarn gebracht — fortgesetzt durch den Anhang: Der Socialismus in Schweden von Hjalmar Branting. Aus dem sonstigen Inhalt des Hefts heben wir hervor: Dr. Claudio Treves: Der neue Kurs in der italienischen Socialdemokratie. — Dr. Eduard David: Der internationale Kongress und die „Einigung“ der französischen Socialisten. — Eduard Bernstein: Paris und Mainz. — Dr. Ludwig Boltmann: Die Begründung der Moral. — Dr. Franz Oppenheimer: Memorien eines Revolutionärs. — Fanny Julie: Das Kommunalprogramm der sächsischen Socialdemokratie. — Eduard Buchs: Die Karikatur unter dem zweiten französischen Kaiserreich. — Rundschau (Gewerkschaftsbewegung. — Genossenschaftsbewegung). — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf.; pro Quartal 1,50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolportage und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 7217).

sowie direkt durch die Expedition der „Socialistischen Monatshefte“ Berlin W. 35. (Zufendung in offenem oder geschlossenem Couvert.)

### Marktpreise von Berlin am 31. Oktober 1900

nach Ermittlungen des lat. Polizeipräsidiums.

*) Weizen, gut D. Gr.	15,00	—	—	Raiskorn, neue, D. Gr.	6,00	4,00
— mittel	14,50	—	—	—	1,60	1,20
— gering	14,00	—	—	—	1,50	1,00
*) Roggen, gut	15,50	14,80	—	Schweinefleisch	1,00	1,20
— mittel	14,70	14,00	—	—	1,80	1,00
— gering	13,90	13,30	—	—	1,60	1,10
*) Gerstl., gut	16,20	15,20	—	Butter	2,80	2,00
— mittel	15,10	14,20	—	—	4,80	3,00
— gering	14,10	13,20	—	—	2,20	1,20
Maisstroh	7,50	6,82	—	—	2,60	1,00
Heu	7,40	5,20	—	—	1,80	1,00
Erbsen	40,00	25,00	—	—	3,00	1,20
Speisebohnen	45,00	20,00	—	—	1,40	0,80
Linien	70,00	30,00	—	—	13,00	2,50

\*) frei Mähle.  
†) frei Wagen und ab Bahn.  
Produktenmarkt vom 1. November. Getreide. Der heutige Markt lag sehr auf kühler Bitterung, erneute Preissteigerungen Nordamerikas und fröhere europäische Märkte. Die Lieferungspreise für Weizen setzten 0,75 für Roggen 0,50 M. höher ein. Im weiteren Verlauf trat etwas Abschwächung ein, da Nord- und Südland fast rentable Roggenanbau landten und außerdem die Käufer sich zurückzogen. Daher war etwas besser gefragt, da die anbauende Steigerung des Maispreises stimuliert. Die heutige Getreide-Aufnahme ergab 10 372 Tonnen Weizen oder 975 weniger als Anfang Oktober und 1814 Tonnen Roggen oder 1934 Tonnen mehr. Rüböl zog auf speculative Käufe 20 Pf. an.  
Spiritus. 70er Voco Spiritus notierte unverändert 47,10 M.

### Witterungsübersicht vom 1. November 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C. u. F.	
Swinemünde	709	SW	1 Nebel	0	4,0	Daplarunda	768	SW	—	kl. bed.	-1	
Hamburg	706	SW	3 bedekt	6	3,0	Biederburg	766	SW	—	—	—	—
Berlin	709	SW	2 wolkig	4	4,0	Walt	755	SW	—	3 wolkig	13	
Frankf./M.	706	SW	1 Nebel	8	4,0	Altdorf	755	SW	—	2 bedekt	11	
Wanneg.	709	SW	2 Nebel	1	4,0	Paris	—	—	—	—	—	—
Wien	770	SW	wolkig	4	—	—	—	—	—	—	—	—

Weiter-Prognose für Freitag, den 2. November 1900.  
Mild und zeitweise better, vielfach wolkig mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.  
§. 10. Die Reichsgericht-Stiftung steht mit dem Berlin-Brandenburger Heilathenverein für Ungeheure in Verbindung. Wenn Sie sich an den Schriftführer dieser Vereinigung, Geheimen Medizinalrat Professor Dr. B. Kränkel Berlin W., Lützowstr. 4.  
§. 11. Stiftungen, aus denen Handwerker unterstützt werden, die längere Zeit auf einer Arbeitsstätte beschäftigt sind, bestehen für einige Annahmen. So für die Väter-Anstalt. Allgemeine Stiftungen solcher Art sind uns nicht bekannt.  
§. 2. Heilfunde. — Uns leider unbekannt.

§. 56. Das Haus Köpcke Nr. 56/57 gehört zum 140. Stadtbezirk und 19. Kommunal-Wahlbezirk dritter Abteilung.

§. 100. Die Simon-Bloch-Stiftung ist noch nicht in Wirksamkeit getreten. Wenden Sie sich an die Stiftungsdeputation Poststr. 16.

§. 6. Für den Transport einer Leiche wird auf Schneehägen pro Kilometer 60 Pf., auf Personenzügen pro Kilometer 40 Pf. erhoben. Es kommt noch hinzu eine Abfertigungsgebühr von 6 M. In Ihrem Falle mag der Transport sich auf etwa 150 M. stellen.

§. 3. Eine Fachschule für Gas- und Wasserrohrleger besteht in Berlin nicht. Vielleicht aber packt Ihnen eine der zehn Fachzeitschriften (für Mechaniker etc.) des hiesigen Gewerkschafts, welche dem Direktor Herrn R. Gradowitz Turmstr. 84, unterliegen.

§. 2. Ein Strafantrag wegen Beleidigung muß am rechtdiätisch zu sein, innerhalb 3 Monaten nach Kenntnis von der Beleidigung und der Person des Täters gestellt sein. Der Strafantrag muß schriftlich oder zu Protokoll bei einem Gericht oder der Staatsanwaltschaft oder schriftlich bei der Polizeibehörde gestellt werden. Die Beleidigungslage ist bei dem Amtsgericht anzustellen. Der Beleidigungslage muß ein Schmeißer bei dem Schiedsmann des Bezirks, in dem der Beleidigte wohnt, vorkommen, wenn die beiden Parteien in verschiedenen Gemeinden wohnen. — M. R.,

§. 1. Ja, täglich 80 Pf. 2. Außer Gütergemeinschaft.

§. 6. P. C. Die Nachforderung entspricht dem Gesetz. Steuerrückstände verjähren in vier Jahren vom Ausgange des Jahres ab gerechnet, in dem die Steuern fällig waren. Der von Ihnen erwähnte Brief ist nicht eingegangen. — Konflikt. Großjährigkeit tritt mit vollendetem 21. Jahre ein. Bereits vor vollendetem 21. aber nicht vor vollendetem 18. Lebensjahre kann ein Minderjähriger auf Antrag durch die Vormundschaftsbehörde für großjährig erklärt werden. — W. J. Kommen Sie in die Sprechstunde.

§. 2. Was Schöneberg. Ihr Vater ist nicht rentenberechtigt. — G. S. 32922. Eruchen Sie den Vormund, den Beisetzenden auf Zahlung zu verfahren und wenden Sie sich im Fall der Weigerung an das Vormundschaftsgericht. — Potsdam. Der Termin muß von Ihrem Sohn persönlich oder von einem zu seiner Vertretung Bevollmächtigten wahrgenommen werden. Ist Ihr Sohn minderjährig, so soll er dies im Termin darlegen und Abweisung der Klage beantragen. Ist er nicht minderjährig, so kommt es nur darauf an, ob die Behauptung der Klage zutrifft. Die Richtigkeit der Klage muß der Kläger beweisen.

§. 3. 100. 1. Wenn ein Pastor 2, 3, 4, 5 M. von Konfirmanden nimmt und ihnen hierfür eine Tasse Kaffee und Butterbrot spendet, so stellt er ihnen frei, über diese Handlung Beschwerde zu führen. Strafbare macht sich der Pastor dadurch nicht. 2. Sie können jederzeit aus dem Kirchenverband auscheiden. Richten Sie einen dahingehenden Antrag an das Amtsgericht, so wird (in vier bis sechs Wochen) ein Termin zur Entgegennahme Ihres Auftritts angelegt. Haben Sie dann den Auftritt erklärt, so sind Sie von Ihren beschriebenen Scherereien los. — G. S. 50.

§. 2. 50. Das Möbeltransport-Gesetz hat den Schaden zu tragen. — W. 40. 1. Sie können auf Zahlung klagen. 2. Nein. — R. Ja.

§. 1. Von jeder Steuerpflicht befreit sind Kranke, Unfälle, Alters- und Invaliditätsversicherungen und Unterhaltungsstellen, denen die Versicherungnehmer auf Grund gesetzlicher Bestimmungen beizutreten verpflichtet sind, und eingetragene Genossenschaften, welche die Gemeinverteilung ausgeschlossen haben. Eingegen unterliegt einer Steuerpflicht von 1,50 M. die einmalige Befreiung des Statuts von Gesellschaften aller Art, Gewerkschaften, Genossenschaften, Korporationen, Stiftungen, Vereinen und Anstalten in der Form von Beiträgen oder Befreiungen. Vor dem Stempelgesetz vom 31. Juli 1895, das seit dem 1. April 1898 in Kraft getreten ist, unterlagen auch die Genehmigungen von Änderungen der Statuten der Steuerpflicht, also auch Kernänderungen des Statuts einer freien Klasse. Das ist wiederholt in Finanzministerial-Bescheiden auf Grund des Gesetzes vom 7. März 1892 anerkannt. Das Stempelgesetz vom 7. März 1892 ist durch das vom 31. Juli 1895 aufgehoben. Dies kennt keine Befreiung von Genehmigungen zu Statutenänderungen mehr. Das geht aus dem Wortlaut des § 25 lit. o. des Gesetzes und aus dem Kommissionsbericht S. 48 klar hervor. Lehnen Sie also die Zahlung des Stempels ab, legen Sie Beschwerde gegen die Aufforderung zur Zahlung beim Oberpräsidenten, sobald beim Finanzminister ein und verlangen in dieser Beschwerde, anzuerkennen, daß eine Eingezahlung des Stempels unterbleibt und der etwa eingezogene zurückgezahlt werde. Den Bescheid des Finanzministers teilen Sie uns wohl dank mit.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Freitag, den 2. November.  
Opernhaus. Benvenuto Cellini. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Der wilde Reutlingen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues Opern-Theater (Kroll). Die Fiedermund. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Deutsches Hoftheater. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Bessing. Johannsfeuer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Die strengen Herren. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reichens. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Die Butterseite. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Welter. Hoffmanns Erzählungen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schiller. Die goldne Eva. Anfang 8 Uhr.  
Secessionsbühne. Die Bildschneider. Dabeln. Der Vör. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Thalia. Der Liebeschlüssel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Lilien. König Krause. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Zugbrück. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Carl Weisk. Müller und Schulze auf der Berliner Weltausstellung. Anfang 8 Uhr.  
Velle-Alliance. Die Zwiderwurz n. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.  
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Fräulein Loreley. Anfang 8 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die Regimentsnummer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Krania. Taubenstr. 48/49. (Im Theaterhaus) Abends 8 Uhr: Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Paris. Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Paris. Im Hörsaal: „Schutz- und Trutzfarben.“ Von Prof. Dr. Müller. Invalldenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

**KRANIA**  
Taubenstr. 48/49.  
Im Theater abends 8 Uhr:  
**Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Paris.**  
Im Hörsaal:  
„Schutz- und Trutzfarben.“  
Von Prof. Dr. Müller.  
Invalldenstr. 57/62.  
Tägl. Sternwarte.  
Nachmittags 5-10 Uhr.

**CASTANS**  
**PANOPTICUM**  
Friedrichstr. 165.  
Neul Dahomey-Dorf. Neu!  
38 wilde Weiber von der Leibgarde des Königs Behanzin. Kriegs- u. Gefechts-Szenen, Exerziten, Nationaltänze.  
Vorstellung: 12 Uhr mittags, nachm. von 3-10 Uhr stündl.  
„Allerseelen“, neue Illusion!  
Russ. Damenkapelle Zarina.  
Entree 50 Pf.  
Militär u. Kinder 25 Pf.

**Central-Theater**  
Zum 525. Male:  
**Die Geisha.**  
Operette in 3 Akten von S. Jones.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonntag:  
Nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen:  
**Die Geisha.**  
Abends 7 1/2 Uhr: **Boencello.**

**W. Noacks Theater.**  
Brunnenstraße 16.  
Deut. Freitag, den 2. November:  
**Die Waise aus Lowood.**  
Schauspiel in 5 Aufzügen von Charlotte Brontë.  
Sonnabend:  
**Keine Vorstellung.**

**Metropol-Theater.**  
Zum 114. Male:  
**Verkehrte Welt!**  
mit der hochoriginellen  
**Frauenparade.**  
Vorher:  
**Das brillante November-Specialitäten-Programm.**  
Alice Berley.  
Bonhair. Brüder Pantzer etc.  
Beginn der Vorstellung 8 Uhr, der Operette um 9 Uhr 15 Min.  
Rauschen überall gestattet.

**Schiller-Theater**  
(Wollner-Theater).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die goldne Eva.**  
Aufspiel in 3 Akten von Franz von Schöthan und Franz Roppel Gasse.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Freudlose Liebe.**  
Hieraus:  
**Die Schulerterin.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Das Glück im Winkel.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die goldne Eva.**

**Thalia-Theater**  
Dresdenerstr. 72.  
Heute und folgende Tage:  
**Der Liebeschlüssel.**  
Große Lustspielkomödie mit Gesang und Tanz.  
Sampdarsteller: Thomas, Thiescher, Helmreich, Juntermann, Kaufmüller und Seig und die Damen Milton, Schäfer, Wandolus, Junfer-Schay u. Wehling.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Palast-Theater**  
früher Foen-Palast, Burgstr. 22.  
Ab 1. November:  
Gr. Konkurrenz-Programm!  
Neu! 8 1/2 Uhr! Neu!  
**Die Regimentsnummer**  
Komödie mit Gesang von R. Reichardt. Schladbach, Schlachternst. Direktor Richard Winkler. Lona Cass, die jüngste deutsche Soubrette. Gisella, preisgekröntes Gef. u. Tanz-Quartett. Two Bretons, Redutern ersten Rangs. Clown Levator mit seiner Dressur-Gruppe. Vorherdem:  
10 erstklassige Schauspielmern. Anfang: Wechsel 7 1/2, Sonntag 6 Uhr. Entree: 50 Pf.

**Sanssouci**  
Kottbuserstrasse.  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:  
**Hoffmanns Nord-Sänger.**  
Anfang Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. Von 5-7: Unterhaltungs-Musik. Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Nach jeder Sotree:  
**Tanzkränzchen.**  
Wochentags Tanz frei. Vereins- und Vorzugsbillets wochentags gültig. Sale zu Festlich. u. Versammlungen.

**Gegenerklärung!**  
Auf die am Sonntag, den 28. Oktober, an mich gerichtete Erklärung des **Mr. Harry Houdini**, bin ich, um meinen Streit zum endgültigen Abschluss zu bringen, bereit, — nicht in einem gemeinlichen Lokal, denn das würde den Antrag der weiten Öffentlichkeit entgegen, was ja doch in erster Linie vermieden werden soll — in der **Manege des Cirkus Busch** am **Sonnabend, 3. Novbr., abends 9 Uhr**, unter Ausnahme der von Herrn Houdini gestellten Bedingungen den Wettstreit bezügl. der Polizeifehler zum Austrag zu bringen, mit der einen Abweidung, daß die vollständige Entfesslung, welche Herr Houdini proponiert, sowohl aus ethischen Gründen, wie mit Rücksicht auf behördliche Vorschriften, wegleiden muß. Eine Verlesung kann ja trotzdem vorher durch Mörzte und Sachverständige, die Herr Houdini wünscht, in der Garderobe vorgenommen werden.  
Ich werde den Betrag von 1000 M. im Cirkusbureau beponieren; Herr Houdini möge das Gleiche thun.  
Wiso am **Sonnabendabend 9 Uhr** erwarte ich mit meinen Sachverständigen den Herrn Houdini im Cirkus Busch!  
**M. Hermann, Prestidigitateur.**

**Apollo-Theater.**  
Ricardo und Benadetto  
**Miss Madge Ellis**  
Tho Weltons Alfred-Truppe  
**Sennorita Chavita**  
Sulivan u. Aranka  
**Cacilie Carola**  
Rhomes Pannons Der Kosmograph  
**Fräulein Loreley**  
Operette von Bolten-Bäckers.  
Musik von Lincke.  
Anfang 8 Uhr.

**Cirkus Busch**  
Freitag, den 2. November cr., abends 7 1/2 Uhr:  
**Humoristisch-Gala-Abend**  
Beginn der Fantomime 10 Uhr.  
**Berliner Landpartien**  
Mit über 100. Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Besonders hervorzuheben: Die höheren Töchter in der Schwimmanstalt. Grosses Charivari von 100 Clowns, männliche und weibliche. Prof. Hermanns sensationelle Demonstrationen. Hefelung und rätselhafte Entfesslung eines Strahlungs. Die Pflicht aus dem verschlossenen Reichslopp mitten in der Manege. Europäische Kavallerien auf 16 Schulpferden.

**Zähne 2 Mark. 10 Jahre Garantie.**  
Teilzahlung Woche 1 M. Vollkomm. schmerzlos. Zahn-ahnen 1 Mk., Plomben 1 M.  
**J. Blumberg, Zahnarzt.** 33, a. Oranienb. Thor. Spr. 3-7, Entg. 9-1.

**Carl Weiss-Theater**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Vorlesung Wochl. Müller und Schulze auf der Berliner Weltausstellung. Anfang 8 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonnabendabend 4 Uhr. Auf allem Berl.: Hinsel u. Gretel. In Vorbereitung: Faustrecht u. Landfriedensbruch.

**Cirkus Schumann.**  
Dritte, Freitag, den 2. November, abends präc. 7 1/2 Uhr:  
**Große außerordentl. Vorstellung.**  
Nur noch kurze Zeit:  
**Les 9 Colibris,**  
die kleinsten Menschen der Welt. Aufzutreten sämtlicher neu engagierten Spezialitäten. Kolossaler Erfolg des neuen Programms. Vorführung der anerkannt unerreicht dastehenden Original-Drassuren des Dir. Alb. Schumann. Aufzutreten fam. Clowns. Zum Schluss zum 42. Male:  
**CHINA.**  
Ein Sensationschlagler 1. Rangs. Die Kuren in Siantigon. Der Kustaud der Voger. — Krieg. Die Verbündeten vor Taku-Peking. Die Erstürmung der Tatu-Forts. Sonntag: 2 Vorstell. Radm. 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr. Radm. 1 Kind frei.

**Reichshallen.**  
Täglich: **Stettiner Sänger.**  
Zum Schluss: (nur noch kurze Zeit!) Exzellenz kommt! Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.

**Deutsche Konzerthallen**  
Spandauer Brücke.  
Täglich  
**4 ausländische 4 Kapellen 4**  
Gr. Theater-Vorstellung.

**Passage-Theater.**  
Morgen Mittag 12 Uhr:  
Wiedereröffnung  
**1te D-Vorstellung.**  
**Zum 1. Male! 3. Seebataillon 2. Compagnie.**  
Zeitbild in einem Akt von R. Devil. Musik von Leo Faller.  
**Zum 1. Male: Jenseits der krummen Lanke.**  
Lokal-Posse in einem Akt von Fritz Waldow. Musik von Leo Faller.  
Eintritt **50 Pf.**  
einschliesslich Hoch Theater

**Passage-Panopticum.**  
Morgen Mittag 12 Uhr:  
Erste Schaustellung von  
**China in Berlin.**  
Chinesischer Markt-platz mit chinesischen Theatern.  
Zum 1. Male: **Die Katze und der Engel.**  
Aus dem chinesischen Volksloben in San Franzisko.  
Eintritt **50 Pf.**  
einschliesslich Hoch Theater

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15:

## Sitzung der Orts-Verwaltung.

Sonnabend, den 3. November, abends präzise 8 1/2 Uhr, im Lokal von Mürschel, Jüdenstraße 35:

## Kommissions-Sitzung der Drechsler.

Pünktliches Erscheinen ist notwendig. 109/11

# Centralverband der Elektromonteuere und Berufsgenossen Deutschlands (Sektion Berlin).

Sonntag, 4. November, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht der Revisionen. 3. Beratung der Arbeitsnachweis-Statuten. 4. Verhandlungsangelegenheiten. 278/12  
Mitgliedsbuch legitimiert. Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig. Der Vorstand.

# Berein der Bauanschläger

Berlin und Umgegend. Sonntag, den 4. November, vormittags 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:

## Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht der Ver-Kommission. 3. Antrag des Vergütungskomitees. 4. Verschiedenes. 34/16  
Diesen Mitgliedern, welche noch nicht im Besitz des neuen Statutenbuchs sind, werden aufgefordert, dasselbe sofort abzugeben. Beiträge werden nur von 9-11 Uhr angenommen; außerdem in den drei Arbeitsnachweisen zu jeder Zeit. Der Vorstand.

## Achtung! Rabitzspanner und Träger. Achtung!

Sonntag, den 4. November, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Jannasch, Inselstraße 10:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes. 8416  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Die Ortsverwaltung.

# Verband der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Berlin I).

Sonntag, den 4. November, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Gramann, Raunynstr. 27:

## Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Der Kapitalismus am Ende der Prosperitätsperiode und die Aufgaben der Arbeiterklasse. Referent Reichstags-Abgeordneter Genosse E. Rosenow. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. 48/12 Die Ortsverwaltung.

# Verband der Sattler und verw. Berufsgen.

Branchen-Versammlungen der Berliner Mitglieder.

Filiale I, Geschirr- u. Galanterie-Sattler: Sonnabend, 3. Nov., im Englischen Hof, Neue Köhlerstr. 3. - Tages-Ordnung: 1. Das Frauenmänner-System und wie stellen wir uns zur Gründung einer Lokalkasse. Referent Kollege G. Weiber. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Filiale III, Taschen- u. Koffermacher: Dienstag, den 6. Novbr., im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Filiale IV, Militäreffekten-Sattler: Sonnabend, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Kommando des Besonderen. 2. Abrechnung vom 3. Quartal. 3. Verschiedenes. - NB. Die Sammellisten müssen in der Versammlung abgeliefert werden, desgleichen die Stempelfisten.

Filiale V, Teppich- u. Linoleumleger: Jeden Montag nach dem Monats, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.

Filiale VI, Wagen-Sattler: 8 1/2 Uhr, bei Mürschel, Jüdenstr. 35/37. Tages-Ordnung: 1. Die Forderungen der Berliner Sattlergehilfen und das Verhalten der Zwangsämter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste sind in allen Versammlungen willkommen und werden selbstverständlich aufgenommen. 100/15 Um zahlreiches Erscheinen ersuchen Die Vorstände.

# Tischler-Verein zu Berlin.

Sonnabend, 3. November, abends 8 1/2 Uhr, Westhofstraße 15:

## Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag von Frau Fanny Jule. 2. Abrechnung vom Stiftungsfest. 3. Vereinsangelegenheiten. 109/11  
Gäste (auch Frauen) haben Zutritt. Regen Besuch erwartet. Der Vorstand.  
Sonntag, den 4. November, mittags 1 Uhr: Besuch der Urania, Landstrasse. Zur Aufführung gelangt: „Auf den Wogen des Ozeans“. Billets sind noch bei Vorstandsmitgliedern in der Versammlung zu haben.

# Centralverband der Maurer Deutschlands

Zahlstelle I (Putzer). Sonntag, den 4. November 1900, vormittags 11 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Welchen Vorteil haben wir von der Verkürzung der Arbeitszeit und ist es notwendig, bei Nacht zu arbeiten? 2. Bericht des Delegierten von der Gewerkschafts-Kommission.  
In der Dienstadtnummer des „Vorwärts“ wird von einem „Untersuchungsverein der Putzer“ dessen erstes Stiftungsfest bekannt gegeben, auch wird versucht unter Kollegen und in Genossenschaftskreisen hierzu aufzulegen; wir machen darauf aufmerksam, daß dieser Verein nichts mit der Organisation der Putzer Berlin gemein hat, insofern dessen auch nicht auf dem Boden der allgemeinen Arbeiterbewegung steht. 135/12 Die örtliche Verwaltung.

# Vortrag für Damen und Herren

am Freitag, den 2. November, abends 8 1/2 Uhr, im Konzerthaus „Sansoncel“, Kottbuser Straße 4a.

Thema: Ein Wegweiser für Gesunde und Kranke. Demonstrationen an lebensgroßen anatomischen Modellen. Referent: K. Müller, prof. Naturheilkundiger. Sprechstunden 2-4, 6-8 Uhr. Sonntag 10-12 Uhr im Kurbad, Magazinstr. 17. 835b

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Schriftfeger 834b

# Arnold Thiele

am Montagabend nach langem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofs in Mariendorf aus statt. Die trauernde Witwe hat Kinder. Die Ortsverwaltung.

# Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler etc.

(Eingeführt, Hildstraße 3, Hamburg.) Ortsverwaltung Berlin N. Am Dienstag, den 30. Oktober, verschied das Mitglied unserer Kasse

# Gustav Krüger

im Alter von 43 Jahren. Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause Görtingerstraße 42 aus statt. Die Ortsverwaltung.

# Golzbearb.-Maschinenmeister.

Kur 30. d. R. verstarb nach langem Leiden unser Kollege 83/10

# Hermann Fähnrich

wohnhaft in Nieder-Schönweide. Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. November, nachmittags 1/3 Uhr, von der Leichenhalle in Köpenick aus statt. Der Vorstand.

# Orts-Krankenkasse des Zimmerergewerbes.

Sonntag, d. 11. November, vormittags 10 Uhr, findet im Lokale Grenadierstr. 33 bei Schulz eine Versammlung der Arbeitgeber, welche Beiträge zur Kasse aus eigenen Mitteln leisten, statt. 840b

Tages-Ordnung: Wahl von 21 Vertretern zur Generalversammlung für 1901.

In demselben Lokal und in derselben Zeit, doch in getrennten Räumen, findet eine Versammlung der wahlberechtigten Kassenmitglieder (Arbeitnehmer) statt.

Tages-Ordnung: Wahl von 42 Vertretern zur Generalversammlung für 1901.

Das Quittungsbuch legitimiert und ist beim Eintritt in das Wahllokal den Controlloren vorzulegen.

Dienstag, d. 13. November, abends 8 Uhr, findet in dem genannten Lokal die ordentliche Generalversammlung statt.

Tages-Ordnung: 1. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern (Arbeitgeber). 2. Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern (Arbeitnehmer). 3. Wahl des Prüfungsausschusses. 4. Erweiterung der Kassenleistungen und Genehmigung der hierzu in notwendig gewordenen Statutenänderung. 5. Regelung der Kassenleistung und Gehälter der Kassenbeamten und der dadurch bedingten Änderung des § 51 des Statuts. 6. Verschiedenes.

Die am 11. November gewählten Arbeitgeber, sowie die für 1900 gewählten Vertreter der Kassenmitglieder werden hierzu eingeladen. Der Vorstand.

J. Krause, Vorsitzender. E. Petermann, Schriftföhrer.

# Achtung! Cöpenick!

und Umgegend. Wichtig für Radfahrer und solche, die es werden wollen. Sonntag, den 4. November, nachm. 2 Uhr, im „Wilhelmshof“ des Hrn. Schaar: Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag: „Wie erhält man auf billige und bequeme Weise ein reelles Fahrrad?“ 2. Diskussion. Einberufen vom Verein „Baran“, Produktiv- und Einkaufs-Genossenschaft für Radfahrer. Festliches Rad und Behandlung sind in der Versammlung zu beschaffen. 28/7

# Turn-Verein „FICHTE“

(Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes). Sonnabend, 3. November, im Konzertsaal der Aktien-Brauerei Friedrichshain am Königsthor:

# Wohlthätigkeits-Künstler-Konzert

zum Besten des Unterstützungsfonds des Vereins. Mitwirkende: Berliner Tonkünstler-Orchester, Kapellmeister Herr Franz v. Blon. Konzertmeister (Soloviolone) Herr Willy Neumann. Konzertsängerin: Frä. Elisabeth Volkmar von Borge. Harfe: Frä. Emilie Stoltz. Orgel: Herr Musikdirektor Paul Kurz. Herr Otto Wolf (Tenor). Herr Paul Giese (Baryton). Anfang präc. 8 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf. Programm mit Liedertext am Konzert-Abend 10 Pf.

Nach dem Konzert: BALL. Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach. Das Rauchen ist nur nach dem Konzert gestattet. Während der Pausen wird die Bedienung zurückgezogen und die Saalthüren verschlossen. Alle Freunde und Gönner des Vereins werden hiermit freundlichst eingeladen und gebeten, süsserst pünktlich zu erscheinen. Das Komitee.

**HERREN-HUT**  
Preiswerther Filz in mehreren Farben mit Atlasfuller  
**MARKE „BLITZ“**  
1 Mk 90

**Baer Sohn** Herren und Knaben Ausstattungen. Chausseest. Brückenstr. 11.

- Kragen
- Manschetten
- Serviteurs
- Oberhemden
- Krawatten
- Hosenträger
- sehr billig.

- Haarfilzhüte
- Cylinderhüte
- Chapeau claque
- Handschuhe
- Schirme
- Tricotagen
- sehr billig.

# Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse. Sonntag 7 Uhr. Nur erstklassige Specialitäten. J. H. Härt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

# Frauenleiden

vorgetragen an Lichtbildern von Frau prof. Naturheilkundige Grundmann heute, Freitag, Gr. Frankfurterstr. 30 abds. 8 1/2 Uhr. Aufnahme neuer Mitglieder in unserer Geschäftsstelle in der Naturheil-Anstalt 72, Köpenickerstrasse 72, Neanderstr. Sprechst. 11-2, 6-8. Sonntag 11-12. Grosser Berl. Naturheilverein.

# Puppen-Fabrik

Otto Kreyszig 5850L. Brunnenstrasse 119, Laden und 1. Etage. Grösstes Special-Geschäft für Puppen.

# Wilhelmshof-Hirschgarten

Sonntag, den 4. November: Grosses Schlachtfest, wozu ergebenst einladet W. Keller.

für Güte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. 5894L. Knabenfilzhüte 1-3 R. Herrenfilzhüte, weich 1,75-5,25, steif 2,00-5,25. Cylinderhüte 4,00-12,00. Chapeaux claque 8,00-10,00 im Einzelverkauf bei Arnold & Eggert, Dnt. Sagar-Verlag, Waldemarstr. 44, part., kein Laden. 5799L.

Unsinn ist Viel Geld

# Bade-Anstalt für Dampf-, Banneu-Original-Ancipjche

sowie sämtliche medizinischen Bäder ist eröffnet. F. Günzel, Brunnenstrasse 120, vis a vis der Domnitorstr., Dienstag und Freitagvormittag Dampf-Bäder für Damen.

# Zähne 2Mk. 10 Jahre Garantie

Teilzahlung wöchentl. 1 Mk. Vollkommen schmerzlos Zahnziehen 1 Mk. Sprechstunden von 9-7 Uhr. Reparaturen in 2 Stunden. Umarbeitung schlecht sitz. Gebisse Zahnarzt Wolf, Leipziger Str. 130. Plomben 1,50 Mk.

# Vereine!

Saal, 150 Personen fassend, einige Sonnabende sowie Sonntage frei. Regelmäßig für Klubs einige Tage zu vergeben. 5717L. Adolf Neumann, Volksgarten, Brunnenstr. 150.

# Niederhöneweide, Gräner-Restaurant Joh. Franz

(früher Strecker), 5682L. Empfehle mein Weis- und Bayerisch-Bier-Pokal.

# Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.

Sonntag 1/2 Uhr Schleife Dr. n. Hirschgarten (am Schlachthof) (Keller) Donnerstag Ausgabe d. Billets zum Sonnabend. 28/6

# Gr. Frankfurterstr. 39.

# Chic

Gelegenheitskäufe für moderne Herren-Artikel. Specialität der Firma: Hüte, Handschuhe, Wäsche, Kravatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke. Stots das Allernueste zu spotbilligen Preisen. Gr. Frankfurterstr. 39.

# Billiger Kartoffel-Verkauf.

Werte Genossen! Wegen großer Abchlüsse bin in der Lage, Ihnen Kartoffeln für 2,20 Mk. zu verkaufen. Verkauf nur 1/2, 1/4, 1/8 Centner. Bei Bestellung von 1 Centner liefere ich frei Haus Centner 2,20 Mk. 5799L.

# Wassante, Ostrowstr. 69/71.

# Theater- u. Kostengarderobe

von Berthold Schröder, W. Passauerstrasse 2, empfiehlt sich den werthen Genossen zum Krautieren von lebenden Bildern, Theaterhüllen für Vereine, Stiftungsfeste etc. 5750L.

# Herrn

Bekleidung, elegante Ausführung tadelloser Bis, werden bei nur geringer Teilzahlung vergeben. J. Kurzborg.

# NO., Landsbergerstr. 18,

55799L part. (kein Laden).

# Ehe

Sie Trauringe Uhren, Goldwaren kaufen, beachten Sie bitte unsere ermäßigten, billigen Preise. Welcher Beliebtheit sich die von uns gelieferten Trauringe erfreuen, beweist am besten die fortwährend steigende Produktion. E. Wolf & Stiller, Berlin W., Friedrichstrasse 66, Hof (im Laden). 54592L

# Charlottenburg.

H. Schmerberg 5683L. Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Uhrlöcher werden schmerzlos geflochten.

# Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik

Gustav Duhig, Berlin, Prinzenstr. 46, versendet gegen Nachnahme garant. neue Bettfedern d. B. 12, 15, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100. Von diesen Zahlen gewogen 3 bis 5 Pfund zum grossen Oberst. Verpackung frei. Preis a. Droschen gratis. Bitte Anfertigungsbillets.

# Riesen-Stofflager

Krausenstr. 14 I. Etage, fertigt nach Mass unter garantiertem Nitz. Hochelegante Winterpalots für 30 Mk. Hochelegante Anzüge für 30 Mk. Hochfeine Bekleider für 10-12 Mk. Das 5688L

# „Saft und halb“

d. h. halb Bohnenkaffee und halb Kathreiners Malzkaffee ist in Tausenden von Familien eine beliebte Mischung geworden, weil der „Kathreiner“ den Kaffee nicht nur voller und milder im Geschmack, sondern — und das ist die Hauptsache — auch viel bekömmlicher macht.

## 11. Ziehung 4. Klasse 203. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 1. November 1900, vormittags.  
Aus der Urliste über 200 Klassen sind die verbleibenden Nummern in Gruppen beigestrichen.  
(Eine Gewähr.)

399 419 13 507 70 699 11 719 934 41 1102 242 506 618  
772 829 09 96 905 [500] 08 87 2190 529 85 661 824 3021 154  
442 703 943 98 4127 514 94 298 5207 15 26 88 [500] 184 94  
430 587 673 746 [500] 142 49 [300] 301 672 856 81 81 [1000] 99  
99 7146 80 [500] 208 [5000] 506 55 838 [300] 77 809 79  
91 8048 128 363 300 281 981 56 71 83 [300] 208 300 365  
803 042

10014 188 09 [500] 210 21 306 39 419 507 68 818 90 32 91  
948 54 11129 42 09 213 373 509 46 761 73 818 49 55 13002  
549 54 13051 751 54 821 903 14084 [500] 144 55 309 526 82  
013 [300] 778 15073 79 193 74 92 225 64 [300] 325 79 480 880  
703 40 [500] 870 980 16300 309 448 576 789 970 1744 48 10  
[1000] 79 [500] 99 690 91 846 934 [300] 48 88 18088 118 98  
73 533 611 829 911 26 13001 10 100 258 314 75 409 [1000] 686  
97 201 [300] 800

20147 398 818 19 67 [500] 609 21103 65 354 583 601 738  
50 895 [1000] 999 09 22609 180 [500] 329 374 [500] 445 598  
67 801 933 97 22028 90 121 [10 000] 45 [300] 229 328 50 56  
62 951 [1000] 63 702 49 28 24092 93 [300] 245 518 317 82  
409 41 95 526 74 055 77 [500] 700 50 89 25502 135 414 589  
[1000] 150 55 62 731 841 65 84 20105 [300] 280 35 847 455  
84 773 [500] 27232 45 463 530 [300] 28014 128 51 88 232  
88 309 987 [1000] 40980 184 729 849 938

30028 810 85 95 616 700 6 16 47 819 38 55 903 [300] 7 [500]  
31040 194 217 [300] 34 49 423 [300] 62 80 524 41 39 [300] 699  
32001 90 172 30 416 [1000] 39 89 528 880 33026 29 32  
[500] 288 974 [1000] 80 483 39 591 675 703 56 32 34086 128 88  
09 [500] 243 630 73 828 92 32116 96 97 329 412 589 [300]  
619 75 16 288 989 30123 41 318 61 98 454 736 97 511 87  
72 89 55 906 67 437 611 68 704 861 89 88132 [300] 392 91  
385 429 577 87 404 12 707 [1000] 917 81 51 88 39318 38 648  
[1000] 708 806 [500] 938 50 7

40060 121 204 07 310 80 429 635 31 41168 38 307 623  
145 054 730 85 846 428418 675 914 713 832 036 48 94 95 44867  
52 61 68 71 85 247 80 322 465 80 543 618 49 51 88 780 44031  
380 512 707 819 15 956 45111 16 288 861 492 635 701 882 962  
44011 30 [1000] 418 196 702 [10 000] 47021 222 50 [500]  
88 328 88 [500] 418 56 96 738 841 880 42913 398 524 739 804  
907 45 49391 51 52 135 427 57 [500] 534 793 907  
50009 [300] 255 298 95 368 505 49 67 741 61084 130 837  
685 794 803 970 85 88 82881 516 49 97 719 979 53151 237 67  
528 83 820 91 54002 [1000] 37 09 170 77 318 504 524 628 739  
808 15 [300] 91 500018 67 318 [300] 415 18 654 958 50001  
964 475 [500] 608 15 90 57105 11 71 350 98 499 648 886 867  
88086 188 [300] 242 498 504 41 738 73 89 823 30 [300] 947  
02 50089 124 42 707 88 842 71 [300] 947

90028 138 [300] 232 348 [300] 446 76 804 856 954 61022  
[1000] 288 548 770 42070 114 270 [300] 312 482 91 536 784  
94 802 015 81 43926 80 234 45 467 801 510 742 808 948  
64089 301 371 384 485 [300] 520 719 [1000] 10 20 300 [500]  
65010 128 72 312 304 42 436 92 97 588 577 907 66991 364 89  
547 806 943 67307 61 [500] 79 453 703 87 330 80720 [500] 625  
70 302 419 47 80 650 885 940 90 09047 371 400 851 [300] 625  
87 97

70089 05 106 [300] 215 235 439 650 80 734 71273 319 22  
816 54 716 880 909 32 72172 303 54 [1000] 35 82 466 520  
871 918 44 73003 513 81 659 702 875 80 74077 [1000] 157 80  
508 330 404 614 71 919 75035 [300] 35 329 561 85 737 835  
74088 66 473 636 75 790 885 915 77329 68 450 [500] 11 40 56  
547 59 78063 36 194 56 61 79 885 88 542 97 908 71088 176  
315 79 30 449 545 [1000] 63 596 86 952 82

80027 [500] 148 89 369 588 642 928 81039 [300] 219 [1000]  
09 330 72 492 708 843 79 993 82076 25 39 612 31 73 86  
80189 302 499 [300] 563 626 877 913 84274 388 509 541 619  
601 88305 29 31 448 55 740 641 807 31 807 31 80132 59 225  
[1000] 350 467 70 559 015 [300] 68 749 [1000] 972 87198  
95 236 327 509 719 58 88019 [300] 22 294 45 45 84 776 961  
89114 [1000] 68 81 322 90 338 [500] 09 441 70 730 619 22  
766 92 802 14 20

90028 88 609 [300] 811 22 [300] 37 81170 307 555 [300]  
684 829 91 80 954 92514 225 303 427 827 710 849 93075 81  
[300] 186 408 39 54 01514 893 951 94032 148 71 90 [300]  
801 70 549 64 764 829 46 95688 184 238 314 17 039 84 [1000]  
300 16 94 08077 434 59 [1000] 657 731 802 923 97005 146  
79 82 [300] 940 313 45 284 765 [1000] 889 98068 48 50  
73 190 20 71 405 670 823 39 924 84 98195 49 215 46 782 952  
100137 415 14 [500] 514 621 [300] 39 704 908 1401194 431  
517 16 91 671 773 56 74 102033 260 91 316 27 883 921  
100063 109 13 [300] 367 473 872 [300] 74 948 44 104284  
[300] 3 307 13 36 38 707 80 206 100560 270 835 69 38  
140614 214 65 300 454 39 519 49 50 85 051 61 716 840 910  
107375 345 74 94 610 14 08 700 10 989 108005 121 292 984 40  
69 60 170 [1000] 62 223 55 308 84 308 818 907 81

110911 [300] 321 87 308 406 76 824 765 853 [300] 94 903  
111283 410 678 97 773 878 112923 242 866 648 49 [500]  
06 84 773 [1000] 938 113009 235 [300] 50 410 52 71 533 [300] 665  
114215 49 438 [300] 52 636 51 768 844 900 115622  
47 72 229 91 810 420 510 300 118064 514 38 79 702 14 58 77 962  
32 117076 91 154 287 468 625 130 818 118156 80 97 508  
37 79 [500] 626 44 719 53 514 [300] 66 86 97 119154 [300]  
298 349 61 76 450 85 591 4 77 308 892  
120181 [1000] 236 39 94 312 528 98 608 988 121033 79  
237 48 86 932 94 841 44 [500] 87 122047 60 198 [300] 340  
06 72 888 957 28 [1000] 123001 94 100 311 [300] 674 25 737  
94 12465 47 [500] 301 874 524 [300] 777 125060 143 61 307  
481 80 588 878 700 856 [1000] 125419 661 702 844 127452 78  
017 708 8 28 90 46 128075 626 54 941 79 128989 298 89  
500 24 725 935 66  
130195 334 91 428 679 857 79 131013 524 [300] 677  
708 70 899 133076 [300] 199 229 365 745 818 78 134081  
158 73 306 25 428 42 96 546 815 806 90 134042 67 79 101 235  
95 904 537 639 91 855 913 135058 104 217 78 516 658 010  
136000 120 227 56 323 [500] 447 639 705 58 88 137078 368  
51 467 327 60 647 64 138293 684 848 86 139074 139 68 96  
238 937 409 697 38 54 939  
140066 174 691 723 816 44 935 46 37 141117 43 75 82  
417 42 75 142419 65 505 30 48 88 737 50 88 142007 78  
[300] 188 418 28 384 144718 [1000] 469 625 609 723 844 45  
95 [300] 145029 321 75 780 948 89 146108 [500] 200 81  
281 493 414 41 147028 [300] 20 66 128 [300] 89 480 541 608  
75 804 74 903 148088 202 303 468 65 80 575 827 40 [500] 53  
796 849 904 28 148088 108 39 212 35 328 86 679 92 840 902  
150009 39 585 609 571 78 207 85 151027 46 866 514 730  
884 152081 81 410 [300] 60 90 98 [300] 843 152080 80  
305 865 90 982 [300] 69 154187 95 302 41 339 84 442 612  
22 42 54 78 949 155007 146 54 230 485 329 53 873 819 64  
918 158027 128 [300] 206 809 [500] 80 602 [500] 91  
157078 [500] 87 161 [300] 398 50 637 75 756 83 904 158081  
145 257 405 [1000] 22 68 66 589 632 75 731 [900] 44 808  
159959 484 628 59 708 60 957 93  
160028 47 115 44 278 529 913 56 [300] 89 161187 284  
317 402 922 708 18 822 162044 194 48 338 [300] 55 83 [1000]  
441 90 263 211 12 958 163204 90 104043 29 304 32 80  
445 30 94 677 730 844 163204 229 [1000] 91 [300] 94 498  
32 554 84 [1000] 618 72 77 772 79 873 164015 506 405 50  
708 [300] 880 [500] 975 83 167343 97 948 [1000] 75 168027  
81 119 62 597 526 783 938 169154 901 [1000] 352 433  
561 [300] 88 [300] 622 99 749  
170014 201 37 384 786 864 933 [300] 85 171034 364 977  
89 612 [500] 90 229 59 172163 378 303 329 948 67  
173204 54 207 66 100 77 789 174016 130 244 312 809 888  
64 563 178078 130 26 80 98 885 224 [500] 40 222 722 28 54  
87 855 174319 68 594 861 790 177190 314 82 [500] 461 839  
89 70 949 81 [500] 178028 75 423 538 179080 328 308 708  
815 80 832 70  
180023 254 400 502 608 768 74 890 181016 229 405 69  
620 719 182214 48 470 523 87 721 39 801 821 78 182030  
297 605 70 529 645 780 [300] 194016 320 421 512 609 [300]  
3 730 831 55 185386 79 449 518 40 48 59 67 74 735 858 294  
184027 805 40 883 976 [500] 94 187113 19 294 47 327 45  
[300] 603 609 65 719 188023 84 340 429 329 403 24 706  
189032 622 712 973  
190137 375 492 81 538 30 639 789 844 60 191104 84  
446 626 738 814 858 192048 93 122 [300] 48 59 323 623 76  
83 791 815 [1000] 42 72 908 193725 38 80 829 194092 564  
602 833 022 195444 214 338 728 86 [300] 825 87 901 194033  
84 299 [300] 14 320 80 87 [1000] 825 87 901 194033  
197403 [500] 25 155 500 38 886 705 99 914 [300] 89 198239  
84 308 44 26 439 532 30 618 199261 426 509 79 783 821 934  
80 80

200071 151 98 341 435 512 812 202066 118 308 [300]  
22 [500] 45 102 82 669 27 96 788 952 56 202066 210 38 42 64  
470 527 682 843 203178 229 412 58 508 79 91 647 731 204033  
471 609 54 86 205156 231 89 94 316 76 469 885 206118 25  
73 349 435 822 907 207077 175 170 312 426 514 616 889 355  
180001 208092 252 320 626 786 933 79 209079 20 498 589  
75 [1000] 618 96 799 82  
210019 96 37 79 313 [500] 34 428 [300] 61 87 673 790  
941 55 211331 408 614 702 826 [1000] 212131 86 497 547  
[300] 80 723 45 827 82 213027 109 299 447 501 601 704 41  
301 905 37 49 41 72 144016 168 71 214 30 400 [300] 821 89  
618 42 723 46 215050 120 91 241 78 389 80 431 524 76 618  
65 709 84 907 30 [300] 214023 360 76 [300] 438 958 217110  
232 819 97 218907 100 [1000] 636 775 [300] 98 [1000] 925  
02 70 98 219077 124 35 820 74 [500] 889 514 81 889 87 897 45  
220035 [300] 78 127 497 910 28 222030 194 215 34 84  
321 84 593 73 [500] 921 222827 102 89 223 873 791 225 807  
[300] 170 [1000] 218 435 [500] 542 47 900 224292 321 35 29  
549 744 82 225027 325 74 [1000]

Im Weinhandlungsbereich: 1 Gewinn zu 500000 Mk.,  
1 zu 1000000 Mk., 1 zu 500000 Mk., 2 zu 300000 Mk., 7 zu  
150000 Mk., 28 zu 100000 Mk., 48 zu 60000 Mk., 650 zu 30000 Mk.,  
693 zu 10000 Mk., 790 zu 5000 Mk.

Verbleibende Nummern in Gruppen beigestrichen.  
1 Gewinn zu 500000 Mk.,  
1 zu 1000000 Mk., 1 zu 500000 Mk., 2 zu 300000 Mk., 7 zu  
150000 Mk., 28 zu 100000 Mk., 48 zu 60000 Mk., 650 zu 30000 Mk.,  
693 zu 10000 Mk., 790 zu 5000 Mk.

11. Ziehung 4. Klasse 203. Reg. Preuss. Lotterie.  
Ziehung am 1. November 1900, vormittags.  
Aus der Urliste über 200 Klassen sind die verbleibenden  
Nummern in Gruppen beigestrichen.  
(Eine Gewähr.)

14 985 01 110137 323 385 445 50 [1000] 553 [300] 676 896  
117040 238 921 631 95 998 [300] 118359 603 778 110029  
103 61 255 62 321 37 478 513 792 839 96  
120000 77 95 128 807 [500] 540 88 64 [300] 769 813 975  
121117 [500] 82 48 419 84 603 8 91 770 944 122009 04 208  
[1000] 894 40 491 [300] 687 713 843 [300] 64 897 123239  
254 496 602 819 124206 147 309 88 365 536 [1000] 604 718  
74 820 125077 144 56 254 306 93 406 516 75 406 52 928 44  
128007 88 289 329 427 94 576 602 03 803 55 82 908 71 91  
[300] 137005 28 158 29 95 [300] 459 580 603 61 67 937 62  
128001 314 527 94 215 129124 48 258 428 45 535 59 602 815  
129012 236 68 84 308 400 83 39 537 640 67 98 [1000] 815  
28 92 [1000] 97 [1000] 49 131014 241 69 358 419 42 48 79  
503 72 628 70 709 915 132074 85 266 [300] 379 82 721 816  
70 133004 109 34 947 [500] 92 305 647 84 751 858 954 133486  
349 57 697 719 842 96 836 [800] 91 135504 44 95 153 909  
454 81 615 705 138005 14 300 80 320 498 95 137754 539 50  
730 859 138055 184 [500] 229 89 441 69 623 [1000] 780 876  
303 138007 78 214 45 696 114 50 974 75 73  
140250 467 [300] 650 794 [1000] 98 [500] 814 63 141140  
423 58 83 631 69 603 9 738 [500] 883 142009 100 247 326 51  
82 617 792 814 143120 32 478 568 59 892 812 942 67 142423  
302 58 [500] 264 71 79 830 145026 65 [300] 74 158 906 76 348  
437 524 [1000] 37 850 [500] 835 146189 81 79 486 22 523 540  
801 82 147194 495 565 565 [500] 62 83 737 67 67 [1000]  
854 90 32 148009 289 59 317 89 628 39 [1000] 772 802 908  
140145 51 203 26 935 [1000] 89 319 697 718 870 91 919  
150040 09 192 [300] 256 402 37 [500] 572 811 977 151047  
74 91 [300] 110 830 [500] 44 507 310 32 315 152004 234 35  
[300] 226 33 49 553 608 731 801 153149 56 326 507 9 64  
615 17 56 80 809 88 904 [300] 69 04 70 154129 [1000] 283  
437 454 60 794 [300] 653 58 736 155027 303 312 31 625 738  
803 86 79 918 156038 63 95 471 80 156070 805 108171  
567 656 60 95 98 905 [500] 158107 209 482 529 673 877 89  
963 158081 259 324 61 70 416 17 30 61 888 927  
160086 288 80 308 13 60 [500] 490 530 [300] 93 161164  
297 471 581 49 608 778 91 162320 415 65 601 [300] 61  
784 956 65 163089 190 215 20 64 330 [300] 87 447 63 98  
665 231 35 882 164358 63 95 471 80 165070 805 108171  
02 [1000] 309 407 300 617 [300] 47 782 [300] 805 108171  
338 43 54 405 91 574 673 840 54 904 167177 228 317 71 [300]  
453 583 50 [300] 783 89 809 8



Kommunales.

Stadterordneten-Versammlung.

29. Sitzung vom Donnerstag, 1. November 1900, nachmittags 6 Uhr.

Die Sitzung wird um 5 1/2 Uhr vom Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet. Am Magistratsische sind Oberbürgermeister Kirchner und Bürgermeister Brinkmann zugegen.

Aus einem vom Stadtv. Fried erstatteten Bericht des Rechnungsausschusses ist hervorzuheben, daß 1 1/2 Millionen Verleufschloß für ein dem Gymnasium zum Grauen Kloster gehörig gewesenes Grundstück im Jahre 1898 direkt an den Gymnasialdirektor anstatt an die Hauptaufstellungsstelle abgeführt worden sind. Der Aussch. hält dieses Verfahren angeht des Umstands, daß die Stadt für die Anstalt einen erheblichen Zuschuß leistet, für nicht korrekt und beantragt, den Magistrat um eine Rückübertragung darüber zu ersuchen, welche Einnahmen die sog. Kommunitätskasse des Grauen Klosters hat und zu welchen Zwecken dieselben Verwendung finden. Es wird in diesem Sinne beschlossen.

Der Aussch., welcher die Vorlage wegen Errichtung einer Volksbadanstalt im Wedding-Stadtteil

vorguberaten hatte, ist nach zwei Sitzungen zu dem Resultat gekommen, den vom Magistrat vorgeschlagenen Platz Pankstr. 11/12—Biesenstr. 49/54 als ungeeignet abzulehnen, und empfiehlt seinerseits das Terrain der städtischen Baumschule an der Gerichtstraße. Da dieses zu klein ist, um den Bau einer größeren, auch dem Gesundbrunnen zu statten kommenden Anstalt zu erlauben, soll der Magistrat sich mit der Anlage einer besonderen Badeanstalt für den Stadtteil Gesundbrunnen einverstanden erklären, welche unmittelbar nach der Fertigstellung derjenigen für den Wedding in Angriff zu nehmen wäre. Referent ist Stadtv. Gerstberg. Ein Protest des Admiralsgartenbes. gegen die Wahl des Platzes an der Gerichtstraße ist als irrelevant zurückgewiesen worden.

Stadtv. Borgmann: Ich beantrage, unter Ablehnung des Ausschuhentwurfes die Magistratsvorlage anzunehmen. Die letztere genügt völlig dem aufgetretenen Bedürfnis. Man hat ja Ausschuhberatung nur deshalb beliebt, weil das vom Magistrat vorgeschlagene Terrain zu teuer sei. Das jetzt vorgeschlagene Grundstück ist gerade noch einmal so teuer als das erstere, es dürfte 700 000 M. wert sein. Die dort zu errichtende Badeanstalt würde den berechtigten Anforderungen nicht im geringsten entsprechen; sie müßte gegen den ursprünglichen Plan wesentlich verkleinert werden. Die Bauverwaltung ist nicht in der Lage, ausreichende Seisräume dort zu erbauen, eventuell müßte dies auf Kosten der Größe der Bassin geschehen. Schon in den bestehenden Anlagen sind die vorhandenen Seisräume durchaus ungenügend; man soll doch also hier nicht ganz unangenehme einen Rückschritt machen. Das Baderbedürfnis in dortiger Gegend ist außerordentlich groß, wie die Frequenz der Männer-Badeanstalt im Nordhafen, bis zu 6000 Männer an einem Tage, unüberleglich beweist. Lehnt der Magistrat den Ausschuhentwurf ab, so verlieren wir möglicherweise wieder ein Jahr; die schleunigste Errichtung einer großen Bade-Anstalt ist aber gerade hier ein unabweisbares Bedürfnis. (Beifall.)

Stadtv. Dins: Wir brauchen allerdings für die dortige Gegend eine große Anstalt, aber eine solche ist auch dann noch vorhanden, wenn die Bassin 200 beziehungsweise 108 Quadratmeter groß sind, wie es der Aussch. für genügend hält, statt 225, wie Kollege Borgmann verlangt. Uebrigens handelt es sich für jetzt bloß um ein Gelegenheitsprojekt, bei der endgültigen Ausarbeitung wird sich wohl auch der Umfang der Seisräume noch vergrößern lassen. Sonst sprechen die Interessen der Bewohner des Wedding durchaus für die Stelle an der Gerichtstraße; die Bewohner des äußeren Wedding haben nicht die geringste Verbindung mit der Pankstraße.

Stadtv. Wagner: Das vom Aussch. vorgeschlagene Grundstück liegt zwar innerhalb der Ringbahn, aber das ist auch sein einziger Vorzug. Die Anstalt an der Gerichtstraße würde sich u. a. nur ganz ungenügend belächeln lassen.

Stadtv. Borgmann: Die Bewohner des äußeren Wedding haben doch immerhin genügende Straßenbahn-Verbindungen mit dem vom Magistrat vorgeschlagenen Platze. Ueber die so erhebliche Preisdifferenz verliert man heute kein Wort. Die Bauverwaltung hat dringend gebeten, sie nicht zu zwingen, auf ungenügendem Terrain die Anstalt zu errichten; das Bader-Anstalts-Kuratorium hat sich beim auch mit einer Ausnahme für den Magistratsvorschlag ausgesprochen. Es scheinen nachträglich Einflüsse gegen den Magistratsentwurf sich geltend gemacht zu haben, die ich nicht als berechtigt ansehen kann.

Stadtv. Lott: Warum deutet Herr Borgmann diese „Einflüsse“ nicht näher an? Ich fühle mich vollständig frei von jeder Einflüsse. Die vom Magistratsplatze übrig bleibenden 1100 Quadratmeter können für städtische Zwecke überhaupt nicht benutzt werden. Auf dem Wedding und auf dem Gesundbrunnen liegen noch so große Terrains ungebaut, daß wir mit einer Badeanstalt im Norden Berlins überhaupt nicht durchkommen.

Stadtv. Frisch beantragt im Falle der Annahme des Ausschuhentwurfs eine Modifikation dahin, die Anlage einer Badeanstalt für den Gesundbrunnen schon im Laufe des nächsten Etatsjahres in Angriff zu nehmen. Der Gesundbrunnen warte schon 7 Jahr auf eine städtische Badeanstalt.

Stadtv. Kalisch tritt für den vom Magistrat vorgeschlagenen Platz ein, der ausgezeichnet liege und beiden Seiten gerecht werde.

Stadtv. Borgmann: Die Einflüsse, die ich gemeint habe, drücken sich in den von den Grundbesitzer- und Bezirksvereinen an uns gerichteten Petitionen aus. Die Annahme der Ausschuhentwürfe wird unter allen Umständen eine abermalige Verschleppung zur Folge haben.

Der Ausschuhentwurf gelangt mit dem Antrage Frisch zur Annahme.

Zur Erörterung soll hierauf der am 17. Oktober von den sozialdemokratischen Mitgliedern Singer und Genossen eingebrachte Antrag betreffend

Wohnungsnot

gelangen:

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit der Versammlung in gemischter Deputation zu beraten:

1. durch welche Mittel die zur Zeit — namentlich für die Arbeiterbevölkerung — herrschende Wohnungsnot zu beheben ist,

2. was städtischerseits zu geschehen hat, um durch kommunale Maßnahmen den auf dem Gebiete des Wohnungswezens bestehenden Mifständen zu begegnen.

Der Vorsteher giebt der Versammlung anheim, mit Rücksicht auf die demnächst zu erwartende Magistratsvorlage die Beratung für heute abzusetzen.

Stadtv. Singer: Ich bin nicht in der Lage, dem zustimmen zu können. Ich bin der Meinung, es wäre schicklicher, wenn vom Magistrat gewesen, die Versammlung schon in den ersten Stadien an der Beratung dieser Angelegenheit zu beteiligen. Ich kann aber auch keinen mehr als äußerlichen Zusammenhang unsres Antrags mit der zu erwartenden Magistratsvorlage erkennen. Sollte die Vorlage so beschaffen sein, wie die Behauptungen berichten, so entspricht sie ja ganz dem Charakter des ersten Königs von Preußen, von dem Friedrich der Große gesagt hat: er war groß in Kleinigkeiten und klein in großen Dingen. Weiter ist unser Antrag hätte ja schon am vorigen Donnerstag verhandelt werden können, wenn nicht die Sitzung ausgefallen wäre. Ich kann es daher nur für angemessen ansehen, die Beratung heute vorzunehmen. Dem Magistrat ist es ja unbenommen, seine Vorlage zu machen, und die Versammlung kann ja dann auch diese der gemischten Deputation überweisen. Es ist doch unmöglich, daß in der Zusammenfassung dieser beiden

Gegenstände eine für die Berliner Bevölkerung so vitale Frage hier so ausführlich erörtert wird, wie sie es verdient. Zur vollen Klarheit trägt es jedenfalls nicht bei, diese beiden Dinge mit einander in der Beratung verbunden zu behandeln. Der Magistrat kann ja auch heute sich darüber äußern, was in der Weisheit des Magistrats beschlossen ist. Nachdem der Antrag nun 14 Tage in den Händen der Versammlung und dem Magistrat bekannt ist, letzterer jedenfalls auch schon vorher pflichtgemäß der Sache näher getreten ist, liegt kein Grund zu weiterem Aufschub vor.

Stadtv. Wallach empfiehlt, dem Vorschlag des Vorstehers auf Vertagung beizutreten. Die Gründe des Kollegen Singer gegen die Vertagung sprächen ebenso gut dafür. Die angekündigte Vorlage betreffe doch denselben Gegenstand, welchen der Antrag Singer behandelt. Die Sache lasse sich nicht übers Antie brechen (Hört, hört!); eine Verschiebung um 8, längstens 14 Tage könne nichts bedeuten.

Stadtv. Singer (zur Geschäftsordnung): Ich habe nicht vorausgesetzt, daß gerade beim Kollegen Wallach ein Bedürfnis vorhanden ist, eine so gründliche Erörterung der Wohnungsfrage eintreten zu lassen. (Der Vorsteher unterbricht; man solle sich doch nicht in Ausdrücken ergehen, welche beleidigend wirken; es handle sich bloß um einen Vertagungsantrag, da habe einer dafür, einer dagegen zu sprechen.) Von einer solchen Geschäftsordnungs-Vorschrift ist mir nichts bekannt. Wenn der Antrag heute abgelehnt wird, wird die Erledigung der Angelegenheit in einer Weise verlangsamt, welche ihr nur Schaden kann.

Mit geringer Mehrheit wird der Antrag auf Vertagung der Beratung über den Antrag Singer angenommen.

Vor fast zwei Jahren bereits ist von den Gemeindebehörden die Errichtung einer neuen (der XIII.) Realschule im Hansaviertel beschlossen worden, die auch dem für Moabit bestehenden Bedürfnis abhelfen soll. Die Eröffnung dieser Anstalt steht noch in weitem Felde; dagegen ist es der andauernden Agitation der Grundbesitzer-, Bezirks- und Bürgervereine Moabits und des Hansaviertels gelungen, den Magistrat zu veranlassen, die Verlegung des Friedrichs-Werderischen Gymnasiums nach Moabit und in die Nähe des Hansaviertels in Vorschlag zu bringen. Nach der Absicht des Magistrats soll das Gymnasium auf dem jetzt der „Kriegsgesellschaft „Neu-Velleue““ gehörigen Terrain an der Lessing-Brücke erbaut werden. Die Versammlung hatte ihrerseits am 5. Januar 1899 an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, „im Hinblick auf das nachgewiesene Bedürfnis nach einem Volksgymnasium, die Errichtung eines solchen, resp. die Verlegung einer höheren Lehranstalt vom Centrum nach den Stadtteilen Tempelhofer Vorstadt und Moabit-Hansaplatz schleunigst in Angriff zu nehmen“.

Das Bedürfnis nach einer neuen gymnasialen Vollsantalt für den Stadtteil vor dem Haleschen Thore hat der Magistrat, obwohl eine von ihm eingeleitete Kommission sich für die Errichtung einer solchen ausgesprochen, nicht anerkennen vermocht, überläßt es vielmehr der Staatsregierung, für die dort hervorgetretenen weiteren Bedürfnisse ihre Fürsorge zu betätigen; für das noch immer in der Entwicklung begriffene Moabit aber hält der Magistrat eine moralische Verpflichtung, von Stadt wegen einzugreifen, für vorliegend. Ein von 62 Mitgliedern unterstützter Antrag Perls nimmt die Forderung eines Volksgymnasiums für die Tempelhofer Vorstadt von neuem auf.

Nachdem Stadt. Perls seinen Antrag begründet und Ausschuhberatung empfohlen hat, erklärt Stadtv. Fürstena u., daß der Magistrat seinen Standpunkt in dem Ausschuh noch näher begründen werde. Stadtv. Lade wig hält die Vorlage für auf falschen Voraussetzungen aufgebaut; nicht darauf komme es an, ob mehrere Schulen bei einander liegen, sondern ob eine Anstalt leicht zu erreichen sei, und in dieser Beziehung sei das Friedrichswerder-Gymnasium allen anderen in Betracht kommenden Anstalten vor. Das Friedrichs-Realgymnasium würde von weit mehr Schülern aus Moabit besucht, als das Friedrichs- oder das Friedrichswerder-Gymnasium. Es sei eigenhümlich, daß der Magistrat gerade Moabit und dem Hansaviertel, wo doch wahrlich nicht die ärmsten Leute wohnen, auf einige Petitionen der Grundbesitzer- und Bezirksvereine hin so bereitwillig mit der Verlegung eines Gymnasiums entgegenkomme.

Oberbürgermeister Kirchner legt gegen eine Ausführung des Vorredners Vernehmung ein, wonach die Vorlage in einer schlecht besuchten Magistratsitzung mit geringer Mehrheit angenommen sein soll; man habe es mit einer Magistratsvorlage zu tun. Uebrigens sei das Gegenteil der Fall gewesen. Wenn der Vorredner ferner andeute, man habe den erwählten Petitionen deshalb so großes Entgegenkommen bewiesen, weil hervorgetragene Magistratsmitglieder im Hansaviertel bzw. in Moabit wohnen, so müsse auch dies zurückgewiesen werden. Das einzige Magistratsmitglied, welches dort wohnt, bin ich; mein Sohn studiert in Strahburg Medizin, einen weiteren Sohn, der das Gymnasium besuchen soll, habe ich nicht und auch nicht mehr zu erwarten.“ (Stürmische Geleiter.)

Nachdem noch Stadtv. Kreiting, Schwalbe, Hugo Sachs und Cassel für Ausschuhberatung gesprochen haben, wird die Debatte geschlossen und die Vorlage samt den Anträgen an einen Ausschuh verwiesen.

Der Vorsteher giebt die Erklärung ab, daß er vorhin, als er dem Stadtv. Singer vorbeilief, gegen den Stadtv. Wallach einen beleidigenden Ausdruck gebraucht zu haben, sich geirrt habe und natürlich die Rüge zurücknehme. Es sei in seiner Umgebung sehr laute Unterhaltung gepflogen worden und daher der Irrtum erklärlich.

Der Vorlage betr. den Erwerb von Strohenland zur Freilegung der Christianiastraße zwischen Grünhals- und Wriezenerstraße stimmt die Versammlung mit der Mahgabe zu, daß der Magistrat ersucht wird, auch auf die Freilegung bis zur Prinzen-Allee Bedacht zu nehmen.

Nach Erledigung einer Anzahl weiterer Vorlagen von untergeordnetem Interesse schließt die Sitzung um 8 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Von Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt (6. Kreis) wird am Sonntag, abends 8 Uhr, im „Berliner Prater“, Kasanien Allee 7-9, ein Herbst-Bergnügen veranstaltet, bestehend in Konzert, Gesang, künstlerischen Aufführungen und Tanz. Da das Komitee keine Mühe und Kosten scheut hat, um den Parteigenossen einen gemächlichen Abend zu bereiten, so wird um zahlreiche Beteiligung ersucht. Das Komitee.

Wilmersdorf. Wer von den Genossen gewillt ist, an der am Sonntag stattfindenden Agitationstour teilzunehmen, wolle sich am Sonntag früh 1/8 Uhr bei Witte, Werlmerstr. 40, einfinden. — Gleichzeitig findet am Sonntag im Orte eine Flugblatt-Verbreitung statt. Die Genossen werden aufgefordert, sich zahlreich daran zu beteiligen. Treffpunkt für den inneren Ort bei Witte, Berlinerstraße 40, für Halensee bei Heidemann, Westfälischestraße, für das Friedenauer Viertel bei Rudloff, Brudschloßstraße 12, für das Rünberger Viertel bei Köhr, Pariser- und Jananculstraße 12. Der Vertrauensmann.

Waidmannslust. Am Sonntag hält der Wahlverein bei A. Kuhn seine Mitgliederversammlung ab. Bericht über die Kreis-Konferenz.

Der sozialdemokratische Verein von Johannisthal und Nieder-Schöneweide hält seine Mitgliederversammlung am 3. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Mertins ab. Genosse Meyner spricht über Weltpolitik und Socialpolitik.

Lokales.

Die Stadterordneten-Versammlung

Sollte sich gestern mit dem Antrag beschäftigen, den unsre Genossen gegen den gegenwärtig in Berlin herrschenden Wohnungsnot gestellt haben. Dieser Antrag war zwar schon vor 14 Tagen eingegangen, aber da der Vorsteher Dr. Langerhans es für gut befunden hatte, in der vorigen Woche keine Sitzung anzuberaumen — die Wohnungsnot scheint er nicht für einen so wichtigen Gegenstand gehalten zu haben, daß ihre Verprechung eine volle Sitzung ausfüllen könnte — so konnte der Antrag erst auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung erscheinen. Inzwischen hat, wie bekannt, auch der Magistrat über die Wohnungsnot und die zu ihrer Vinderung zu ergreifenden Maßnahmen beraten. Er hat sich auch bereits über bestimmte Vorschläge geeinigt, hat aber der Versammlung noch keine Vorlage darüber machen können. Mit Rücksicht darauf, daß die Vorlage bald zu erwarten sei, glaubte Herr Langerhans der Versammlung gestern vorschlagen zu müssen, den Antrag unsrer Genossen von der Tagesordnung abzuhängen. Wir glauben nicht, daß er dabei im Einverständnis mit dem Magistrat gehandelt hat, aber sein Vorschlag dürfte den Herren am Magistratsische sehr gelegen gekommen sein. Vielleicht haben sie etwas derartiges auch erwartet. Die ungewöhnliche Eile, mit der das Magistratskollegium diesmal gearbeitet hat, erschien unter dieser Voraussetzung begründlich. Der Vertagungs-vorschlag wurde von der Versammlung mit sehr knapper Mehrheit angenommen. Wenn die Herren, die sich an diesem Mandat beteiligten, dem Antrage unsrer Genossen damit die Spitze abgebrochen zu haben glauben, so dürften sie in der nächsten Sitzung — oder wann sonst der Magistrat mit seiner Vorlage vor die Versammlung zu treten gedenkt — eines Besseren belehrt werden.

Die städtische Pardeputation hat sich vorgestern mit der Frage der Umgestaltung der Straße Unter den Linden beschäftigt. Ihr lagen die bekannten Pläne des Stadtbaurats Krause nebst der vom Kaiser angeregten Änderungen vor. Die Deputation entschied sich für das Projekt in der vom Kaiser gewünschten Art und beschloß, den Magistrat um Einbringung einer entsprechenden Vorlage zu ersuchen.

Die Ueberfüllung der städtischen Siechenhäuser und Hospitäler, die in den letzten Jahren immer fühlbarer geworden ist und voranschreitend noch weiter zunehmen wird, zwingt jetzt zu besonderen Maßnahmen. In der Siechenanstalt an der Frobelsstraße sollen drei Säle, in denen bisher die Anstaltsinsassen zusammenlammten, um Zeitungen zu lesen, zu plaudern, zu rauchen etc., mit Siechen belegt werden. Zum Ersatz werden zwei andre Räume — also zwei für bisher drei — als Aufenthaltsäle eingerichtet. In seiner bezüglichen Vorlage geht der Magistrat, daß auch das nur ein kleiner Nothbehelf ist, keineswegs auch nur dem gegenwärtigen Bedürfnis (geschweige dem künftigen) ausreichend abhelfen könne. Schon für die nächste Zeit sollen daher noch andre und umfassendere Maßnahmen getroffen werden. Sie werden leider nötig sein, da andre städtische Anstalten, die Krankenhäuser, das Obdach etc., gleichfalls überfüllt sind, so daß eine weitere erhebliche Zunahme der Ueberweisungen von Siechen aus diesen Anstalten an das Siechenhaus mit Sicherheit zu erwarten ist.

Konservatives Hausagiarierum. Für die Stadterordneten-Versammlung im 1. Kommunal-Wahlbezirk haben die Konservativen einen Herrn Wendlandt aus Moabit als Kandidaten aufgestellt. In einer gestern abgehaltenen Wählerversammlung bemerkte dieser Herr zur Wohnungsnot:

„Ich will noch auf eine Frage eingehen, die von einem andern Kandidaten, Herrn Damaske, so stark betont wird, auf die Frage der sogenannten (H) Wohnungsnot! Ich sage es frei heraus, meine Herren! eine Wohnungsnot existiert in Berlin nicht! Die Leute, die das städtische Asyl beehren, sind nicht solche, die keine Wohnung bekommen können, nein, es sind Leute, die keine Miete bezahlen wollen!“

Unweiskhaft hat Herr Wendlandt sich mit diesem Erguß die Gränzen der Hausbesitzer im Sturm erobert. Wer so zu sprechen verzieht, hat bei dem zum Unglück Berlins einflußreichsten Teil der Würgerchaft einen großen Stein im Brett.

Herrn Stadtschulrat Vertram zum Ehrenbürger von Berlin zu ernennen — mit diesem Gedanken geht man nach der „Volks-Zeitung“ in den Kreisen der alten Stadterordneten-Fraktion der Linken um. Es wird sich wohl nur um einen Scherz handeln, der dem alten ruhebedürftigen Herrn gegenüber allerdings recht übel angebracht ist.

Ein „Verein abstinenten Arbeiter und Arbeiterinnen“ für Berlin und Umgegend hat sich, wie uns mitgeteilt wird, unter dem Vorsitz des Herrn W. Miethke, Charlottenburg, Sophie Charlottenstraße 29, gebildet. Der Verein will seine Grundsätze am Sonntagmittags 4 1/2 Uhr im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23, öffentlich erörtern.

Welche Mietzypreise für Geschäftsräume in der Leipziger Straße gezahlt werden, kann man daraus ersehen, daß im Hause Leipzigerstr. 73 das Erdgesch. und der erste Stock an ein Schirm-geschäft (H. Wigdor u. Sohn) für jährlich 40 000 M. auf zehn Jahre vermietet worden sind. In dem Neubau Leipzigerstr. 73/74 hat dem „Konf.“ zufolge die Firma Albert Rosenhan Geschäftsräume für 60 000 M. auf 20 Jahre gemietet. In dasselbe Haus zieht die Elefant-Apothek wieder; sie hat einen Mietvertrag auf 50 Jahre abgeschlossen.

Der Fernsprechdienst bei Nacht ist heute seit einem Jahr in Berlin eingeführt. Der Umfang der Benutzung war von Anfang an gering und ist seitdem weiter zurückgegangen. Im Durchschnitt des Monats November 1899 betrug er täglich 230 Gespräche. Er stieg im Dezember auf 310 Gespräche in der Nacht. Seitdem ist er fast ausnahmslos weiter gestiegen, insbesondere während der Sommermonate. Im Januar 1900 wurden noch durchschnittlich 305 Gespräche in der Nacht geführt. In den Monaten Februar, März, April, Mai, Juni, Juli und August fiel die Zahl der nächtlichen Gespräche weiter auf 251, 241, 207, 194, 164, 146 und 141. Seitdem zeigt sich wieder ein langsames Steigen, indem im Monat September 188 Gespräche in der Nacht geführt wurden. Nimmt man für den Monat Oktober 170 Gespräche in der Nacht an, so erhält man einen Jahresdurchschnitt von etwa 205 Gesprächen bei allem Fernsprech-Temiere Berlins während einer Nacht. Die verschwindend klein diese Zahl ist, erhellt, wenn man bedenkt, daß an jedem Tage etwa 650 000 Gespräche in Berlin durch den Fernsprecher vermittelt werden. Also auf etwa 3125 bei Tag geführte Gespräche kommt ein Gespräch bei Nacht.

Zeichen geschäftlichen Niedergangs. Die städtische Sparkasse hat im Vierteljahr Juli-September d. J., was seit langer Zeit nicht vorgekommen, mehr Rückzahlungen zu leisten gehabt, als eingezahlt worden ist. Es wurden eingezahlt 12 353 938, zurückgezahlt aber 13 065 774 M., also mehr abgehoben als eingezahlt 711 836 M., wodurch sich das Guthaben der Sparer Ende Juni ds. Js. von 241 507 904 M. auf 240 796 069 M. Ende September ds. Js. verminderte. Das Gesamtvermögen der Sparkasse betrug zu dieser Zeit 263 829 637 M.

Das Polizeipräsidium theilt mit: Anträge auf Erteilung von Wandergewerbescheinen zur Darbietung von Musik-aufführungen (Drehorgelspiel), Schaustellungen, theatralischen Vorstellungen oder sonstigen Lustbarkeiten — § 55, 4 der Gewerbe-Ordnung — in dem Regierungsbezirk Potsdam können auf Grund des Gesetzes vom 13. Juni d. J. von dem Bezirksauschuh zu Potsdam nur mit Ausschuh der Stadtkreise Charlottenburg, Schöneberg und Niddorf erfolgen. Personen, welche ein derartiges Gewerbe in

